



# fedpol25



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Bundesamt für Polizei fedpol

## Editorial 3

---

### Schwerstkriminalität

Wenn Server verstummen	6
Stillstand wird zur Waffe	8
Ein Ende mit Totalschaden für einen Luxusdiebstahl	10
Ende der Fahnenstange für den Strippenzieher eines Drogenhandels	15
Operation GLOBAL CHAIN gegen Menschenhandel: Die Fokussierung auf Rumänien bringt Erfolge	18
Paketbomben, Sprengsatzanschläge, Erpressungsschreiben: fedpol und die Genfer Polizei ermitteln gemeinsam	21
«KidFix» in der Schweiz	24

---

### Schutz

Hoher Besuch aus Südafrika	26
Auf die Mission konzentriert, trotz emotionaler Momente	29
Ein Sicherheitsdispositiv, das hält, was es verspricht	32

---

### Informationssysteme

Eine biometrische Identitätskarte in der Pipeline	36
Falsche Papiere, echte Unterschriften	40
Testen, optimieren, koordinieren: 2025, ein Schlüsseljahr für die E-ID	43

---

### Kooperation

Auf der Suche nach russischen Geldern	46
Identifiziert!	49
Eurovision Song Contest im Dreiländereck	52

---

### Zahlen

Wer hinter fedpol steht	54
Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit	55
Fast viemal mehr Einreiseverbote wegen Terrorismus	58
Terrorismusbekämpfung	60
Grenzen im Netz?	63
Zunahme von Sicherheitsmassnahmen als Folge der globalen politischen Konflikte	65
Geldwäscherei: Zahl der Meldungen steigt um mehr als ein Drittel an	68
Wenn Alltagsprodukte Sprengkraft erhalten	70
Mehr gewalttätige Personen an Sportveranstaltungen registriert	72

Jahresbericht  
fedpol mit  
Animationen  
und Videos



# fedpol25



Organisierte Kriminalität erkennen, verhindern und bekämpfen: Das sind die drei Ziele der Nationalen Strategie zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, ein Meilenstein im Jahr 2025.

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Organisierte Kriminalität ist sichtbar – und dennoch schwer zu fassen. Nicht nur für die Strafverfolgungsbehörden. Mit der Organisierten Kriminalität verhält es sich wie beim berühmten Eisberg: Sichtbar wird sie bei einzelnen Delikten, Festnahmen oder Beschlagnahmungen – der Teil, der aus dem Wasser ragt. Der grösste Teil bleibt jedoch unter der Oberfläche: Netzwerke, Geldflüsse und Strukturen, die sich dem unmittelbaren Blick und der öffentlichen Wahrnehmung entziehen.

Gemäss Europol sind über 800 kriminelle Netzwerke europaweit aktiv, viele davon auch in der Schweiz. Dazu gehören zum Beispiel italienische Mafia-Gruppierungen, die albanische Organisierte Kriminalität, nigerianische Bruderschaften, türkische kriminelle Netzwerke sowie die in den Niederlanden ansässige Mocro-Mafia. Sie alle sind auf einzelne Deliktsfelder spezialisiert, etwa Betäubungsmittelhandel, Menschenhandel oder illegales Glücksspiel. Gleichzeitig arbeiten sie als *Partner in Crime* zusammen, stärken einander und nutzen gemeinsame Infrastrukturen mit demselben Ziel: ihrer Bereicherung. Und hier kommt die Schweiz ins Spiel. Als wirtschaftlich starker und politisch stabiler Standort im Herzen Europas ist sie attraktiv – als Transitland, als Umschlagplatz und als Zielmarkt. In gewisser Weise wird die Schweiz damit zum Hafen, den kriminelle Netzwerke gezielt anlaufen, um Gewinne zu generieren. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht. Das stellt ein Risiko für unsere Wirtschaft, den Rechtsstaat und letztlich für unserer Demokratie dar.

Einige ausgewählte Fälle aus dem Jahr 2025 geben Einblick unter die Oberfläche: Das Bundesamt für Polizei (fedpol) ermittelt gemeinsam mit kanadischen Partnerbehörden und weiteren 17 Ländern, um ein Netzwerk hinter unzähligen Cyberangriffen zu zerschlagen. Dank eines Hinweises der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) deckt fedpol gemeinsam mit ausländischen Partnerbehörden einen der grössten europäischen Fälle von Geldwäscherei auf. Und gemeinsam mit den Kantonspolizeien und den französischen Partnerbehörden bekämpfen wir die stark zunehmenden Luxusautodiebstähle, hinter denen über Social Media rekrutierte Jugendliche stehen. Um dieses Phänomen koordiniert und über Kantons- und Landesgrenzen hinweg zu bekämpfen, richten wir Anfang April 2026 unter dem Lead von fedpol eine schweizweite Taskforce ein.

Was bedeutet das im Umgang mit diesem «Eisberg»? Wir wollen nicht nur an der Spitze des Eisbergs pickeln. Wir wollen das Wasser erhitzen, damit der gesamte Eisberg schmilzt. Das tun wir, indem wir einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz verfolgen und ein Umfeld schaffen, in dem sich kriminelle Netzwerke nicht entfalten können. Genau hier setzt die 2025 von Bund und Kantonen gemeinsam erarbeitete Nationale Strategie zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität an. Sie verfolgt drei Ziele: Organisierte Kriminalität erkennen, verhindern und bekämpfen.

*«Wir verfolgen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und schaffen ein Umfeld, in dem sich kriminelle Netzwerke nicht entfalten können.»*

Im Jahr 2026 steht die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) im Vordergrund. Mit konkreten Massnahmen sollen – in Zusammenarbeit mit unseren nationalen Partnern – der Informationsaustausch gestärkt, nicht polizeiliche Akteure wie Grundbuch- oder Migrationsämter sensibilisiert und die Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeibehörden intensiviert werden. Bis Ende 2027 ist zudem vorgesehen, ein Paket mit Gesetzesanpassungen in die Vernehmlassung zu schicken, damit die Schweizer Strafverfolgungsbehörden noch wirksamere Instrumente zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zur Hand haben.

## Strategie der Schweiz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 19. Dezember 2025 die Strategie der Schweiz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität gutgeheissen. Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat die Strategie am 27. November 2025 verabschiedet. Es ist die erste solche Strategie. Sie ist eingebettet in die Sicherheitspolitische Strategie [<https://www.sep.os.admin.ch/de/sicherheitspolitische-strategie>], der Schweiz und bildet die Grundlage, damit alle Staatsebenen der wachsenden Bedrohung durch kriminelle Netzwerke begegnen; behördenübergreifend und wirksam. Die Strategie legt Aktionsfelder für das Erkennen, Verhindern und Bekämpfen der Organisierten Kriminalität fest. Auf Bundesebene sollen verschiedene rechtliche Anpassungen in ein Gesetzespaket zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität fliessen.

Ausführliche Informationen finden Sie in der Medienmitteilung des Bundesrats mit der Strategie der Schweiz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität [<https://www.news.admin.ch/de/newnsb/860NISNf-wcFpdY-OI3R2>].

Organisierte Kriminalität kann sich in vielfältiger Form zeigen. Erfahren Sie mehr über die Welt der Organisierten Kriminalität in der Schweiz [<https://fedpol-ok.ch/de>].

Ich bin zuversichtlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und ich bin stolz und dankbar für das, was wir gemeinsam mit unseren Partnerbehörden im letzten Jahr erreicht haben: Wir bekämpfen Schwerstriminalität und schützen unsere Magistratinnen und Magistraten sowie Bundeseinrichtungen. Wir sorgen für Sicherheit an Grossanlässen. Wir haben die biometrische Identitätskarte weiterentwickelt. Wir analysieren und setzen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und Cyberstriminalität um. Wir intensivieren die Polizeizusammenarbeit mit dem In- und Ausland. Wir, das sind Ermittlerinnen, Finanzanalysten, Juristinnen, Polizeiliche Sicherheitsassistenten, Fachexpertinnen für Explosivstoffe und Waffen, Polizeiattachés und viele mehr.

Nun wünsche ich Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, eine gute Lektüre!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'E. Wildi-Cortés', with a long horizontal stroke extending to the right.

Eva Wildi-Cortés, Direktorin fedpol

# fedpol25



Europol stellt die übergeordneten Resultate der internationalen Cyberermittlungsoperation zusammen, an der auch die Schweiz beteiligt war.

## Wenn Server verstummen

Einer internationalen Taskforce von Cyberermittlerinnen und Cyberermittlern gelingt im Juli 2025 die Enttarnung dreier mutmasslicher Krimineller. Der Fall zeigt auf, wie wichtig internationale Polizeizusammenarbeit ist, insbesondere gegen Cyberkriminelle, die über Landesgrenzen hinweg eng vernetzt sind.

Gezielt, koordiniert und mit politischer Botschaft – so beschreiben Ermittlerinnen und Ermittler die Welle von DDoS-Angriffen, die im Juni 2023 über 200 Schweizer Websites trifft. DDoS steht für *Distributed Denial of Service* und beschreibt eine Methode, bei der Server durch immense Massen an Anfragen überlastet und zum Stillstand gebracht werden. Ziel ist die Blockierung oder Störung digitaler Dienste. Besonders betroffen ist 2023 die Plattform des Parlaments. Die prorussische Hacker-Gruppierung *NoName057(16)* bekennt sich zu den Attacken und steht damit offen zu ihrer Absicht, westliche Demokratien zu destabilisieren.

Noch während der Angriffe erkennt fedpol, dass es sich nicht um vereinzelte technische Störungen handelt, sondern um koordinierte digitale Attacken mit internationalem Hintergrund. Gemeinsam mit der Bundesanwaltschaft und dem Bundesamt für Cybersicherheit BACS leitet fedpol umfassende Ermittlungen ein.

## Internationale Antwort auf ein internationales Netzwerk

fedpol bringt den Fall bereits 2023 auf die europäische Ebene und stösst damit zusammen mit Kanada die Operation EASTWOOD an. Sie wächst zu einer Aktion an, die 19 Länder umfasst, koordiniert von Europol und der Joint Cybercrime Action Taskforce (J-CAT) [<https://www.europol.europa.eu/how-we-work/services-support/joint-cybercrime-action-taskforce>].

Von 2023 bis 2025 erfolgen weltweit Hunderte DDoS-Angriffe, zu denen sich *NoName057(16)* bekennt. fedpol gelingt es dank einer detaillierten Analyse der Angriffe, Muster zu erkennen. Daraus gewonnene Hinweise zur Struktur der Tätergruppe in Verbindung mit weiteren Ermittlungserkenntnissen führen zur Identifizierung der Verantwortlichen. Das Resultat: Drei mutmassliche Schlüsselpersonen der Hacker-Gruppierung können im Frühjahr 2025 ermittelt und zur Festnahme ausgeschrieben werden.

Am 15. Juli 2025 folgt der Zugriff auf das Bot-Netzwerk – ein Netz, das Hunderte oder sogar Tausende Computer über installierte Dateien zusammenschliesst und diese am Netzwerk beteiligten Rechner für bestimmte Aktionen auf Befehl eines entfernten Rechners hin benutzt. In mehreren Ländern durchsuchen Einsatzkräfte Wohnhäuser, beschlagnahmen Computer, nehmen Server vom Netz. Über 100 Systeme werden weltweit deaktiviert, darunter die zentrale Infrastruktur der Gruppierung *NoName057(16)*. Zehn Haftbefehle werden ausgestellt, zwei direkt vollzogen. Über 1 000 Personen, die das Netzwerk unterstützt haben, werden auf ihre mögliche strafrechtliche Verantwortung durch die Installation der Verbindung zum Netzwerk auf ihren Computern hingewiesen. In der Schweiz sind keine Durchsuchungen erforderlich – Schweizer Computer sind, soweit bekannt, dem Netzwerk nicht angeschlossen.

### Im Netz versteckt – aber nicht unantastbar

Den Zeitpunkt der Attacken wählte die Hacker-Gruppierung stets bewusst mit starker Symbolkraft: Die Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski im Bundeshaus im Juni 2023, das World Economic Forum im Januar 2024, der Eurovision Song Contest in Basel im Mai 2025. Sie will provozieren, öffentliches Aufsehen erzeugen und Verunsicherung auslösen. Doch mit der Operation EASTWOOD wird deutlich: Auch im digitalen Raum gelingt es Tätern nicht, sich in der Anonymität der virtuellen Welt zu verstecken, wenn Strafverfolgungsbehörden entschlossen und vernetzt handeln.

Der Fall *NoName057(16)* zeigt, was erfolgreiche Bekämpfung von Cyberkriminalität heute voraussetzt: grenzüberschreitendes Denken und Handeln, technologisches Know-how und umfangreiche Koordination. fedpol übernimmt diese Rolle als nationale Drehscheibe.

*«Ich bin stolz darauf, dass fedpol zusammen mit Kanada eine solche Operation anstossen konnte, die so viele Länder betrifft. Erfolgreich waren wir dank sehr guter Teamarbeit: von unserer J-CAT-Vertretung bei Europol über die IT-Forensik, die operative Kriminalanalyse bis hin zu den Ermittlerinnen und Ermittlern.»*

Andreas, Bundesermittler Cyberkriminalität

Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit [<https://fedpol.report/de/report-2025/za-hlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/>]

# fedpol25



Wenn Polizeibehörden die technische Infrastruktur von Cyberkriminellen vom Netz genommen haben, publizieren sie eine sogenannte Splash-Page. Sie signalisiert: Die Behörden haben die Kontrolle wieder übernommen.

## Stillstand wird zur Waffe

Ein Klick, ein falsches Passwort oder eine offene Sicherheitslücke kann genügen – und ein Betrieb steht still. Ransomware-Angriffe zählen heute zu den grössten Bedrohungen für Unternehmen. Als mehrere Kantone und Dutzende Schweizer Firmen davon betroffen sind, übernimmt die Bundesanwaltschaft die Verfahren. fedpol ermittelt.

Ein Mitarbeiter eines Buchhaltungsdienstleisters im Mittelland kommt morgens als Erster ins Büro und startet seinen Computer. Als er eine Datei öffnen will, erscheint anstelle der Erfolgsrechnung seines Kunden eine Meldung auf seinem Bildschirm. Inhalt der Mitteilung: Sämtliche Dateien des Unternehmens und seiner Kundinnen und Kunden wurden verschlüsselt. Sie werden veröffentlicht, wenn nicht innert 24 Stunden das geforderte Lösegeld bezahlt wird. So oder ähnlich ergeht es zahlreichen Unternehmen. Absender der Lösegeldforderung: Die Ransomware-Gruppierung *8Base*, eine der grössten kriminellen Gruppierungen, die sich mit solchen Erpressungen jedes Jahr um Millionen von Franken bereichern. Sie verschlüsseln Daten, legen IT-Systeme lahm und verursachen hohe wirtschaftliche Schäden.

Für viele Betroffene sind die Lösegelder weniger problematisch als die Kosten, die durch den Ausfall ihrer Dienstleistungen entstehen. Produktionsprozesse kommen zum

Stillstand, Rechnungen bleiben liegen, Termine müssen verschoben werden. Ins Visier der kriminellen Gruppierungen geraten längst nicht mehr nur Grossunternehmen, sondern auch kleine und mittlere Betriebe.

Einen Beitrag zur Eindämmung dieser Bedrohung leisten fedpol und die Bundesanwaltschaft gemeinsam mit internationalen Partnern. Ziel ist die Identifikation der Ransomware-Gruppierung 8Base, die weltweit Hunderten von Unternehmen und Organisationen Schaden zufügt, davon mehrere Dutzend in der Schweiz.

### **Agile Zusammenarbeit**

Eine zentrale Rolle spielt die enge und flexible Zusammenarbeit der beteiligten Behörden. Statt einer linearen Grossermittlung setzen die Partnerländer auf kurze, aufeinander abgestimmte Ermittlungsphasen. In diesen Sprints werden Erkenntnisse gebündelt, Spuren zusammengeführt und die Täterschaft schrittweise identifiziert.

Die Ermittlungsteams erkennen frühzeitig Hinweise auf geplante Angriffe. Diese Informationen ermöglichen es den betroffenen Ländern, präventive Massnahmen zu ergreifen: Unternehmen werden gewarnt, Systeme überprüft und Zugänge gesichert. Die Cyberermittlerinnen und Cyberermittler von fedpol können über die beteiligten internationalen Partner weltweit mehr als 300 potenzielle Firmenopfer frühzeitig warnen. So wird die Erpressung in mehreren Fällen bereits im Ansatz verhindert. Auch in der Schweiz. Mehrere mutmassliche Mitglieder werden identifiziert, lokalisiert und festgenommen.

### **Koordiniertes Vorgehen**

Ein sichtbares Ergebnis der internationalen Zusammenarbeit ist der sogenannte *Take-down*. Dabei wird die technische Infrastruktur der Cyberkriminellen vom Netz genommen, unter anderem die Plattformen, auf denen sie die gestohlenen Daten veröffentlichen. Anstelle der bisherigen Inhalte erscheint eine Hinweisseite der Strafverfolgungsbehörden. Sie macht deutlich, dass die Behörden die Kontrolle über die Infrastruktur übernommen haben – und dass kriminelle Aktivitäten nicht unbeobachtet bleiben (mehr dazu in der [Mitteilung von Europol \[https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/key-figures-behind-phobos-and-8base-ransomware-arrested-in-international-cybercrime-crackdown\]](https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/key-figures-behind-phobos-and-8base-ransomware-arrested-in-international-cybercrime-crackdown)).

### **Verschlüsselte Daten werden wieder lesbar**

Ein weiteres sichtbares Ergebnis der Operation ist die Hilfe für die bereits geschädigten Unternehmen. Japanischen Ermittlerinnen und Ermittlern gelingt die Entwicklung eines Entschlüsselungstools für verschlüsselte Dateien. Dieses Tool wird auf der von Europol und der niederländischen Polizei zur Verfügung gestellten Plattform *No More Ransom* publiziert. Für Opfer, die kein Lösegeld bezahlt haben, ist das ein Befreiungsschlag: Ihre Daten werden wieder zugänglich.

Am Ende zeigt der Fall 8Base vor allem eines: Cyberkriminelle arbeiten global – und so funktioniert auch erfolgreiche Strafverfolgung.

*«Cyberkriminalität ist ein Bereich, der sich besonders schnell verändert. Ein Ermittlungserfolg in dieser Grössenordnung lässt sich nur dank der gut funktionierenden nationalen und internationalen Zusammenarbeit erzielen.»*

Lukas, Bundesermittler Cyberkriminalität

Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/>]

# fedpol25



Videos von Überwachungskameras zeigen, wie meist junge Täter in verschiedene Autogaragen einbrechen.

## Ein Ende mit Totalschaden für einen Luxusautodiebstahl

Nach einem versuchten Einbruch in eine Zürcher Garage werden im Oktober 2025 drei junge Männer festgenommen. Der missglückte Diebstahl ist einem grösseren Phänomen zuzurechnen, das fedpol bereits mittels operativer Koordination bekämpft.

Es ist ein früher Abend im Oktober 2025. In einem Zug von Lausanne nach Zürich sitzen ein Jugendlicher und mehrere junge Männer, die fieberhaft auf ihren Handys herumtippen. Sie chatten miteinander über eine gängige Instant-Messaging- und Video-Sharing-App, der Inhalt ihres Chats ist allerdings alles andere als alltäglich:



Der originale Chat in französischer Sprache ist [hier](https://fedpol.report/fr/report-2025/grande-criminalite/un-vol-de-voitures-de-luxe-qui-finit-en-tete-a-queue/) einsehbar.

Sie alle erhalten über diese App seit ein paar Stunden Anweisungen eines Auftraggebers. Kurz nachdem dieser einen Chatkanal eröffnet hat, gibt er ihnen beispielsweise durch, welchen Zug sie ab Lausanne nehmen sollen. Danach folgen umgehend Informationen zu ihrem heutigen Zielobjekt, einer Garage im Zürcher Oberland:



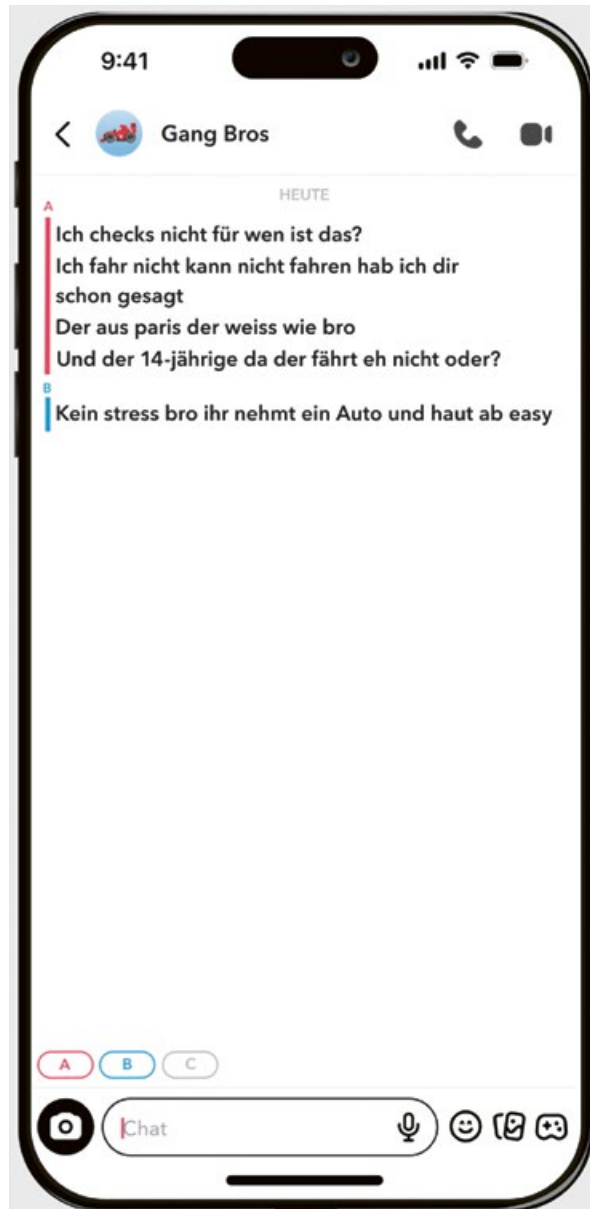
Der originale Chat in französischer Sprache ist [hier](https://fedpol.report/fr/report-2025/grande-criminalite/un-vol-de-voitures-de-luxe-qui-finit-en-tete-a-tete-avec-une-voiture-ueue/) einsehbar.

Der geplante Luxusautodiebstahl wird allerdings ein vorschnelles Ende nehmen. Kurz nach 22 Uhr verhaftet die Kantonspolizei Zürich drei von ihnen: einen 14-Jährigen und zwei Männer im Alter von 22 und 28 Jahren. Die Alarmanlage der Garage hat direkt bei der Polizei einen Einbruchalarm ausgelöst.

### Über die sozialen Netzwerke angeworben

Der missglückte Diebstahl ist Teil eines grösseren und vor allem wachsenden Phänomens. Rund 180 erfolgreiche und versuchte Einbrüche in Garagen wurden 2025 schweizweit registriert. Die dahinterstehenden Banden stammen meist aus Vororten französischer Grossstädte.

In der Schweiz haben die Täter meist weder einen Bezug zu den Auftraggebern noch untereinander. Ihre «Aufträge» nehmen sie über die sozialen Netzwerke oder Chatkanäle entgegen. Es ist eine Form von *Crime as a Service*, Kriminalität als Dienstleistung sozusagen (siehe Box unten). Die damit verbundenen Risiken sind zahlreich, wie der in diesem Artikel illustrierte Fall verdeutlicht:



Der originale Chat in französischer Sprache ist [hier](https://fedpol.report/fr/report-2025/grande-criminalite/un-vol-de-voitures-de-luxe-qui-finit-en-tete-a-tete-avec-une-voiture-ueue/) einsehbar.

Der Diebstahl von Luxusautos scheint, ebenso wie Einbrüche in Waffengeschäfte, mehrheitlich das Werk der gleichen Banden zu sein. Diese Taten sind als eine Form der organisierten Kriminalität zu betrachten.

### Einsetzung von Taskforces

Die bis anhin in der Schweiz festgestellten Sachverhalte fallen in die kantonale Zuständigkeit, wie auch der in diesem Artikel beschriebene Fall. Die Steuerung der Einsätze und alle weiteren Ermittlungsmassnahmen sind Sache der jeweiligen Kantonspolizei. Die Ermittlerinnen und Ermittler von fedpol leisten jedoch Unterstützung und setzen alles daran, solche Straftaten zu unterbinden. 2025 wurden deshalb bei fedpol und den Kantonspolizeien Taskforces eingesetzt, um gegen solche Diebstähle vorzugehen. Die Taskforces sollen die Koordination mit den Kantonen und insbesondere den Informationsaustausch erleichtern und die Kantone unterstützen. Aufgrund der Lageentwicklung und der Häufung der Einbrüche und Einbruchversuche haben der Bund und die Kantone im Rahmen der Vereinigung der Schweizerischen Kriminalpolizeichefinnen und -chefs (VSKC) im April 2026 entschieden, eine nationale Taskforce einzurichten. Die Gesamtleitung dieser Taskforce liegt bei fedpol. Die operative Führung wird von einer Co-Leitung zwischen fedpol und der Kantonspolizei Zürich wahrgenommen.

Die umgesetzten Repressions- und Präventionsanstrengungen werden mittelfristig Wirkung zeigen. Dass dem so ist, bestätigt gerade ein Rückgang, der in einem anderen Bereich zu beobachten ist: bei den Angriffen auf Geldautomaten.

## Crime as a Service: Wenn die sozialen Netzwerke in die Kriminalität führen



Noch kaum richtige Teenager, schon verkaufen sie Drogen, begehen Betrug, Cybercrime-Delikte, Diebstahl oder Einbrüche. Überall in Europa rekrutieren kriminelle Banden Jugendliche über die sozialen Netzwerke. *Crime as a service* wird dieses Phänomen genannt, und auch die Schweiz bleibt davon nicht verschont. Im Gegenteil: Es wird auch hier immer häufiger festgestellt.

Diese besorgniserregende Entwicklung muss die Gesellschaft gesamtheitlich angehen. Konkret bedeutet dies, dass Prävention schon im Kindesalter beginnen muss. Genau hier setzt der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus [<https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=92305>] an. Sein Ziel ist es, junge Menschen im Internet besser zu schützen und ihre digitalen Kompetenzen zu stärken.

fedpol unterstützt mehrere Projekte [<https://www.fedpol.admin.ch/de/finanzierungsprogramm-im-jahr-2026-unterstuetzte-projekte>], die zur Umsetzung des Aktionsplans beitragen. Darunter das Projekt *Mind-Hack* der Kantonspolizei Thurgau, in dem virtuelle Lernräume zur Prävention von Radikalisierung geschaffen werden. Oder die ZHAW School of Management and Law, die mehrere Publikationen zu rechtlichen Aspekten der Radikalisierung und Gewalt bei Jugendlichen plant.

*«Zu den Aufträgen von fedpol gehört es, die Koordination zu erleichtern und die Kantonspolizeien zu unterstützen, je nach deren Bedarf und den vorhandenen Ressourcen. Beim Diebstahl von Luxusautos haben wir auf Anfrage eines Kantons über eine Taskforce gezielt und massgeschneidert unterstützt.»*

Jan, Kommissariatsleiter

Geldwäscherei: Zahl der Meldungen steigt um mehr als ein Drittel an [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/geldwaescherei-zahl-der-meldungen-steigt-um-mehr-als-einen-drittel-an/>]



In einer Zürcher Wohnung stellt die Polizei «marokkanische Koffer» sicher: Cannabisharz- und Kokainpakete, zu einem Packen gebunden und für den einfacheren Transport mit einer Blache umwickelt.

## Ende der Fahnenstange für den Strippenzieher eines Drogenhandels

**Frühling 2024: Internationale Partner setzen fedpol über mögliche Drogenlieferungen in die Schweiz in Kenntnis. Fast ein Jahr später gelingt, dank intensiven Ermittlungen und einem langen Atem, die Zerschlagung eines Netzwerks, das zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland operierte.**

Alles beginnt im Frühjahr 2024, als fedpol von seinen französischen Kolleginnen und Kollegen des *Office anti-stupéfiants* (OFAST) kontaktiert wird. Das OFAST ist einem kriminellen Netzwerk auf der Spur, das verdächtigt wird, via Container grosse Mengen an Betäubungsmitteln nach Europa zu importieren. Kokain aus Südamerika und Haschisch aus Marokko werden über spanische Häfen in die Schweiz geschleust und hier verteilt. Im Zentrum des Falls steht Frank\* (30), ein zentraler Mittelsmann.

Rasch nimmt die Bundeskriminalpolizei (BKP) von fedpol Vorermittlungen auf. Ziel ist es, zum einen die französischen Behörden zu unterstützen, zum anderen festzustellen, wie gross das Ausmass des Handels auf Schweizer Staatsgebiet ist und welche Kantone davon betroffen sind, damit Letztere in die Ermittlungen eingebunden werden können.

Eine erste Observation durch die BKP bestätigt Franks Machenschaften im August 2024. Bei dieser Gelegenheit wird insbesondere auch ein kurzes Treffen mit Richard\* beobachtet, einem deutschen Staatsangehörigen, der schon bald den Beweis erbringen wird, dass die Aktivitäten des Netzwerks nicht an der Landesgrenze Halt machen, sondern bis nach Süddeutschland reichen.

### **Enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden**

Während dieser ersten Überwachung durch Ermittlerinnen und Ermittler von fedpol können konspirative Treffen zwischen Frank, Richard und weiteren Personen aus dem Raum Zürich bestätigt werden. Mehrere Adressen werden identifiziert, ebenso ein oder zwei potenzielle Drogenlagerorte. Gestützt auf diese Erkenntnisse leitet die Bundesanwaltschaft im September 2024 wegen Verdachts auf Betäubungsmittelhandel ein Verfahren gegen Frank ein.

In den folgenden Wochen wird in der Region Zürich eine Reihe von Transaktionen beobachtet: Lieferungen von «marokkanischen Koffern» (Pakete mit Cannabisharz, zu einem Packen gebunden und des einfacheren Transports halber mit einer Blache umwickelt), von Kokain, und – im Nachgang zu den Lieferungen – mehrmaliges Aufsuchen einer Wechselstube. Die Aufgaben verteilen sich fortan auf mehrere Behörden: Die Kantone verfolgen namentlich die Zwischenhändler, die Drogen kaufen und damit «Detailhändler» beliefern, aber auch selbst verkaufen. fedpol führt die Ermittlungen gegen Frank und seinen deutschen Komplizen sowie die Koordination der Operation auf internationaler Ebene weiter.

Ende November 2024 wird in Zürich ein Kunde von Frank verhaftet. Die Polizei stellt über ein Kilo Haschisch sicher, das dieser auf sich trägt. Die Geschichte ist hier aber noch nicht zu Ende. Die Hausdurchsuchung an seinem Wohnort fördern knapp 55 Kilogramm Haschisch, 9 Kilogramm Marihuana und rund 200 000 Franken Bargeld zutage. Die beschlagnahmten Drogen stammen aus dem marokkanischen Koffer, den Frank seinem Kunden vor Kurzem geliefert hatte – eine Lieferung, die von den für den Fall zuständigen Ermittlerinnen und Ermittlern bestens dokumentiert ist.

### **Razzien in drei Ländern**

Fünf Tage später werden bei einer Kontrolle an der Grenze zwischen Österreich und Deutschland in einem Fahrzeug 1,2 Kilogramm Kokain sichergestellt. Das Fahrzeug steht in Verbindung mit dem Netzwerk von Frank und seinem Komplizen Richard, womit nun auch Transporte nach Deutschland bestätigt sind. In mehrmonatiger intensiver Zusammenarbeit haben Frankreich, Deutschland, Spanien und die Schweiz ein genaues Bild des ganzen Netzwerks gewinnen können. Sie beschliessen, zur nächsten Phase überzugehen: den Festnahmen.

Im Februar 2025 treffen in Lyon rund 10 Kilogramm Kokain ein. Kurz darauf verhaftet das OFAST Frank, nachdem die französischen Behörden diesen Teil des Verfahrens in der Zwischenzeit übernommen haben. Wenige Stunden später wird Richard in Deutschland festgenommen. In den darauffolgenden Wochen werden weitere Mitglieder des Netzwerks verhaftet. fedpol stellt einen Bericht zusammen, damit die betroffenen Kantone ihre Ermittlungen fortsetzen beziehungsweise Ermittlungen aufnehmen können.

Dank dieser von fedpol koordinierten internationalen und kantonalen Zusammenarbeit konnte ein Netzwerk entlarvt werden, das sich hauptsächlich in Spanien mit Ware eindeckte, die Drogen anschliessend in der Nähe von Lyon lagerte und einen Teil davon in die Schweiz weitertransportierte. Von hier aus wurde mit einem Teil dieser Ware der lokale Markt versorgt und mit dem Rest der deutsche Markt beliefert. Frank organisierte den Transport, die Lagerung, die Verteilung, die Geldabholung – bei ihm liefen alle Fäden zusammen. Zumindest bis der Strippenzieher selbst hinter schwedische Gardinen wanderte.

\* Name geändert

*«Wenn wir von einem ausländischen Partner Informationen zu einem möglichen Drogenhandel erhalten, zählt vor allem rasches Handeln, um das Tun zu vereiteln und die involvierten Personen zu identifizieren. Die enge Zusammenarbeit mit den Kantonen ist in dieser Phase absolut entscheidend.»*

Jan, Bundesermittler

Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/>]

Geldwäscherei: Zahl der Meldungen steigt um mehr als ein Drittel an [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/geldwaescherei-zahl-der-meldungen-steigt-um-mehr-als-einen-drittel-an/>]

# fedpol25



Im Rahmen der Operation GLOBAL CHAIN sind fedpol, lokale Polizeikräfte und eine Ermittlerin aus Rumänien im Kanton Tessin unterwegs, um gezielt rumänische Sexarbeiterinnen anzusprechen.

## Operation GLOBAL CHAIN gegen Menschenhandel: Die Fokussierung auf Rumänien bringt Erfolge

**Auch 2025 beteiligt sich die Schweiz an den von Europol organisierten internationalen Joint Action Days. Diese richten sich gegen Menschenhandel. Eine Neuheit: fedpol legt erstmals das Hauptaugenmerk auf Opfer und Täter aus Rumänien.**

Rumänien bleibt eines der Brennpunktländer, wenn es um Menschenhandel in Europa geht. Das erklärt Kuno, stellvertretender Kommissariatsleiter bei fedpol. Sprich: Sowohl Opfer als auch Täter stammen mehrheitlich aus dem osteuropäischen Land. Nicht zuletzt deswegen hat fedpol im Sommer 2025 neu einen Polizeiatnaché nach Rumänien entsandt. Dieser stellt den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Schweiz und Rumänien sicher. Rumänien rückt also bei der Kriminalitätsbekämpfung in den Fokus. «Deshalb haben wir entschieden, uns für die Operation GLOBAL CHAIN 2025 auf dieses Land zu konzentrieren», so Kuno. Und fedpol wagt noch einen weiteren neuen Schritt: Es bittet Europol um zwei Polizeikräfte aus Rumänien, die an zwei Tagen während der Aktion die Schweizer Ermittlungsbehörden unterstützen. Am 3. und 4. Juni gehen also eine rumänische Polizistin und ein rumänischer Polizist zusammen mit Einsatzkräften von fedpol und lokalen Polizeien auf

Kontrolle im Milieu. Dies in insgesamt vier Kantonen: Bern, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Tessin.

### Vertrauen dank der Landsfrau

Kuno ist in Bern und im Tessin Teil der Patrouille. Sie kontrolliert mehrere Etablissements und geht dabei gezielt auf rumänische Sexarbeiterinnen zu. Die Frauen werden einzeln befragt und fassen schnell Vertrauen, wie er sagt: «Dank der rumänischen Kollegin, mit der sie in ihrer Landessprache kommunizieren können, ist das Eis schnell gebrochen. Es finden sehr offene Gespräche statt.» Es werden sogar Kontaktdaten ausgetauscht. Die Polizistin ermuntert ihre Landsfrauen dazu, sich bei ihr zu melden, falls sie in ihrem Heimatland Repressionen befürchten. Prostitution ist in Rumänien nämlich verboten. Die rumänische Polizistin staunt deshalb nicht schlecht, wie offen die Schweiz mit dem Thema umgeht. «In vielen anderen Ländern findet Prostitution versteckt irgendwo im Hinterhof statt», so Kuno. Auch die Sicherheitsmassnahmen überraschen die rumänische Ermittlerin positiv: Dass sich die Zimmer mit einer Stahltüre verschliessen lassen, die von aussen nicht einfach aufgebrochen werden kann. Und dass es Security gibt, die sich um den Schutz der Frauen kümmert.

Trotzdem ist Sexarbeit auch in unserem Land oft ein gefährliches Geschäft: Während der zweitägigen Aktion in der Schweiz identifiziert fedpol gemeinsam mit den Partnern 130 potenzielle Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Diese Fälle weiter abzuklären, liegt nun in den Händen der Kantone.

Kuno bezeichnet die Joint Action Days Operation GLOBAL CHAIN 2025 als Win-win-Situation: Die Sexarbeiterinnen konnten offen über ihre Situation sprechen, ohne sprachliche und kulturelle Hürden. Und die Polizeien haben dadurch viel Wertvolles dazugelernt. Die Zusammenarbeit mit Rumänien im Kampf gegen Menschenhandel hat sich seither intensiviert.

### Joint Action Days Operation GLOBAL CHAIN 2025 – Resultate in der Schweiz

Anzahl Teilnehmende an den Kontrollen	<b>255</b>
Kontrollierte Lokalitäten	<b>148</b>
Kontrollierte Personen	<b>457</b>
Geprüfte Dokumente	<b>498</b>
Potenzielle Opfer	<b>130</b>
Polizeiliche Anhaltungen	<b>32</b>
Kontrollierte Fahrzeuge	<b>16</b>

### Joint Action Days Operation GLOBAL CHAIN – gemeinsam gegen Menschenhandel



Die Joint Action Days Operation GLOBAL CHAIN wurden unter der Leitung der österreichischen Strafverfolgungsbehörden durchgeführt, unterstützt von Europol, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und INTERPOL. Sie waren der Bekämpfung von Menschenhandel gewidmet und fanden europaweit vom 1. bis 6. Juni 2025 statt. Die Schweizer Polizeikörper beteiligten sich am 3. und 4. Juni und führten vorwiegend im Rotlichtmilieu Kontrollen durch. Diese wurden von der Zentralstelle Menschenhandel und Menschenschmuggel bei fedpol koordiniert. Sie betrieb in Bern ein Backoffice und war während der gesamten Joint Action Days mit einer Mitarbeiterin im Koordinationscenter bei Frontex in Warschau vertreten. Dort kamen Verbindungsbeamte aus insgesamt rund 40 Ländern zusammen und gewährleisteten untereinander einen zeitverzugslosen polizeilichen Informationsaustausch. In der Schweiz haben die Kantone BE, BL, BS, FR, GE, GR, NE, TI, VS, ZH und die Fremdenpolizei der Stadt Bern an den gemeinsamen Aktionstagen teilgenommen.

*«Seit der Joint Action Days Operation GLOBAL CHAIN 2025 erhalten wir viel mehr Anfragen von unseren rumänischen Kolleginnen und Kollegen. Die Zusammenarbeit mit diesem Land hat sich intensiviert.»*

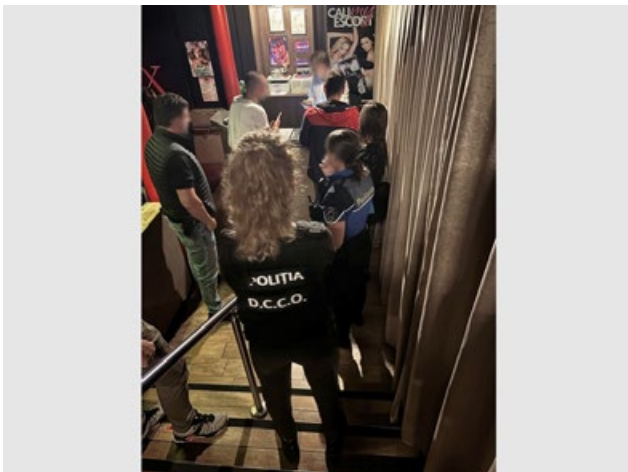
Kuno, Stellvertretender Kommissariatsleiter Zentralstelle Menschenhandel und Menschenschmuggel



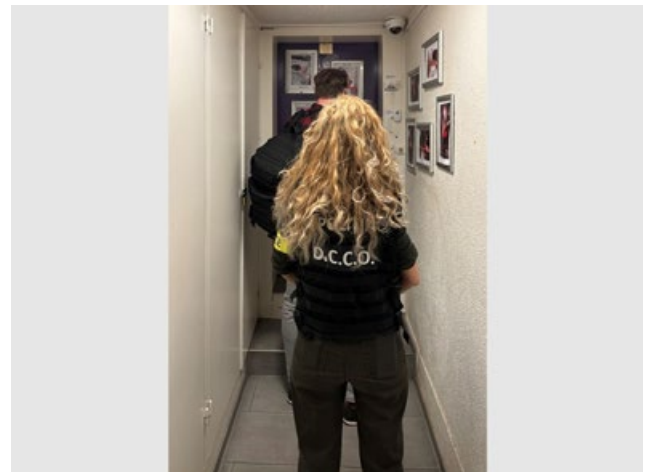
Der Bundesermittler von fedpol und seine rumänische Kollegin betreten ein Etablissement im Tessin. Die Operation GLOBAL CHAIN richtet sich gegen Menschenhandel, diesmal mit Fokus auf Opfer aus Rumänien.



Sie sind zusammen mit lokalen Einsatzkräften unterwegs, im Bild eine Kollegin der Kantonspolizei Tessin.



Am Empfang erhält das Einsatzteam die Liste der Frauen, die zurzeit im Etablissement arbeiten. Anschliessend prüfen sie die Identitäten der Sexarbeiterinnen und befragen sie, um Opfer von Menschenhandel zu erkennen.



In kleinen Teams – hier im Kanton Bern – suchen sie die Sexarbeiterinnen auf. Dank der rumänischen Ermittlerin können sie in ihrer Landessprache sprechen.

[Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit \[https://fedpol.report/de/report-2025/zaehlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/\]](https://fedpol.report/de/report-2025/zaehlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/)



Ein Sprengsatz explodiert im Eingangsbereich eines Genfer Wohnhauses.

## **Paketbomben, Sprengsatzanschläge, Erpressungsschreiben: fedpol und die Genfer Polizei ermitteln gemeinsam**

**Im Frühjahr 2025 erlebt Genf eine Serie von Drohungen und Anschlägen. Die Ereignisse reichen von Erpressungsschreiben und Lösegeldforderungen über eine Detonation in einem Briefkasten, bis hin zu einer Explosion in einem Wohnquartier. Ein Kind und ein Mann werden verletzt.**

Die Drohungen und Anschläge, die Genf von August 2024 bis März 2025 erschüttern, scheint ein Muster zu verbinden: Sie sind ausgeklügelt geplant, sorgfältig vorbereitet, mit viel technischem Verständnis umgesetzt und darauf angelegt, Angst zu verbreiten. Als im August 2024 ein Sprengsatz im Genfer Wohnquartier Grange-Canal explodiert, wird der Fall aufgrund des mutmasslichen Sprengstoffdelikts zur Bundesangelegenheit. Unter der Leitung der Bundesanwaltschaft führt fedpol die Ermittlungen in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Genf.



Die Detonation zerstört die Briefkästen des Wohnhauses, ein Kind wird verletzt.

Die Bundeskriminalpolizei von fedpol stellt eine Taskforce zusammen. In Genf entsteht eine gemeinsame Ermittlungsstruktur mit Spezialistinnen und Spezialisten der kantonalen Kriminalpolizei. Die Taskforce nimmt jedes Detail unter die Lupe: Tausende von Hinweisen werden analysiert und von allen Seiten beleuchtet. Mal führen sie in eine Sackgasse, mal werden Zusammenhänge klar. Jedes neue Detail – eine wiederkehrende Formulierung in einem Drohbrief oder für den Bau des Sprengsatzes verwendete Materialien – wird dem Ermittlungspuzzle hinzugefügt.

Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren. Wegen der Lösegeldforderungen sind auch Expertinnen und Experten, die digitale Zahlungsmethoden auswerten, Teil der Taskforce. Bei diesem sogenannten *Crypto-Tracing* arbeiten Fachpersonen von Europol und fedpol eng zusammen. Involviert sind auch Spezialistinnen und Spezialisten in Verhandlungsführung, für forensische Abklärungen und digitale Analyse. Bevölkerung und Medienschaffende warten gebannt auf Antworten.

### **Polizeilicher Grosseinsatz führt zur Festnahme**

Ein Täterprofil konkretisiert sich. Am 12. März ist es soweit: Ein Mann, 61-jährig, Schweizer, wird festgenommen. Die Einsatzleitung von fedpol muss aufgrund der vergangenen Sprengstoffanschläge vom Schlimmsten ausgehen. Die Festnahme gelingt in einem grossangelegten Einsatz, für den einige Orte evakuiert werden müssen. Der Einsatz verläuft erfolgreich. Bei den anschliessenden Durchsuchungen finden die Einsatzkräfte zahlreiche Gegenstände, die den Verdacht gegen den Mann erhärten.



Ein Entschärfungsspezialist bei der Absicherung des Einsatzortes für die Hausdurchsuchungen.

Der mutmassliche Täter sitzt in Untersuchungshaft. Für fedpol und die Bundesanwaltschaft ist die Arbeit jedoch nicht zu Ende: Motiv, persönliche Hintergründe, mögliche weitere Zusammenhänge – all das ist Teil der noch laufenden Ermittlungen. Die Unschuldsvermutung gilt so lange, bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt.

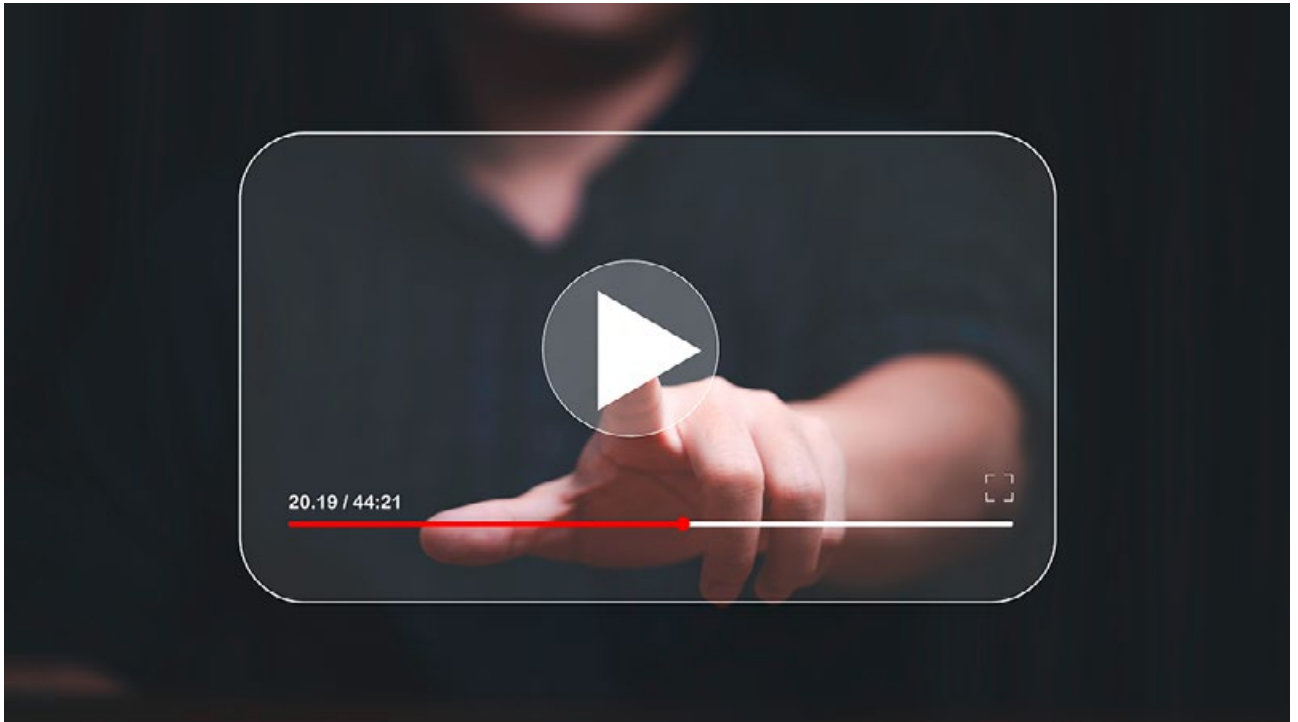
Sechs Monate lang arbeiten fedpol, die Kantonspolizei Genf und die Bundesanwaltschaft Seite an Seite. Aus den vielen einzelnen Puzzleteilen entsteht ein Gesamtbild. Für die Öffentlichkeit bedeutet diese Zusammenarbeit vor allem eines: mehr Sicherheit. Für die Ermittlungspartner ist es der Beweis, dass sich enge Zusammenarbeit auszahlt.

*«Dieser Fall ist zum Glück auch mit jahrzehntelanger Erfahrung eine Besonderheit – einen aktiven, lebensgefährdenden Serientäter zu ermitteln, bringt einiges an Druck mit sich. Bei der Intervention waren rund 100 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Eine solche Ermittlung gelingt nur, wenn Bund und Kanton ihre Stärken kombinieren.»*

Fabio, Gesamteinsatzleiter

Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/>]

# fedpol25



Im Schnitt drei neue Videos, die jede Stunde zur Verfügung gestellt werden – *KidFlix*, eine Darknet-Plattform, die Videos mit teilweise schwerem sexuellem Missbrauch von Kindern anbietet.

## «KidFlix» in der Schweiz

Jahrelange Ermittlungen führen zu einem der grössten Erfolge im Kampf gegen die Verbreitung von Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern. So gelingt dem Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) mit Unterstützung mehrerer Länder, darunter die Schweiz, ein wichtiger Schlag gegen die Darknet-Plattform *KidFlix*.

Mehr als 91 000 Videos, 6 288 Stunden Material und im Schnitt drei neue Videos, die jede Stunde zur Verfügung gestellt werden – es handelt sich nicht etwa um Zahlen der Streaming-Plattform *Netflix*, sondern um *KidFlix*. Eine Darknet-Plattform, die Videos mit teilweise schwerem sexuellem Missbrauch von Kindern, mitunter von Kleinkindern, anbietet.

Die Plattform *KidFlix* ist einzig über das sogenannte TOR-Netzwerk abrufbar, das anonymes Surfen ermöglicht. Im Darknet kann nicht zurückverfolgt werden, wer auf diese Streaming-Plattform zugreift. Die Videodateien stehen mehrheitlich kostenfrei zur Verfügung. Wünscht jemand Videodateien in hoher Bildqualität, wird eine Gebühr von 180 US-Dollar erhoben, die ausschliesslich per Kryptowährung zahlbar ist. Die Gebühr gewährt den Nutzern eine lebenslange Zugangsberechtigung auf die gesamte Plattform.

## Beginn der Ermittlungen

Das BLKA stösst im Jahr 2022 erstmals mittels Darknet-Monitoring auf *KidFlix*. Es steht vor der grossen Herausforderung, die Nutzer im anonymen Darknet zu identifizieren. Auch wenn die Nutzer anonym sind, ihr Zahlungsverkehr mittels Kryptowährungen hinterlässt Spuren und bietet den Ermittlerinnen und Ermittlern des BLKA erste Hinweise für die Identifizierung möglicher Nutzer. Konkrete Ermittlungsergebnisse folgen 2024: Die deutschen Partnerbehörden informieren anschliessend Europol und die betroffenen Staaten über die Streaming-Plattform und die mutmasslichen Nutzer. Das Ziel: weltweit die identifizierten Nutzer gleichzeitig festzunehmen.

Unter dem Operationsnamen STREAM übernimmt fedpol vom BLKA die Fälle, die einen Bezug zur Schweiz haben. Dabei identifiziert fedpol zehn Personen als sogenannte *Premium-User*. Um gegen die Tatverdächtigen vorzugehen, holt fedpol die betroffenen Partner mit ins Boot: die Kantonspolizeien Aargau, Bern, Thurgau, Waadt, Zürich sowie die Polizei Basel-Landschaft und die Stadtpolizei Zürich.

Im März 2025 findet der Zugriff in der Schweiz und in anderen Ländern zeitgleich statt. Zeitgleich, damit sich die Tatverdächtigen nicht untereinander warnen und potenzielles Beweismaterial löschen können. Später folgten weitere Zugriffe in den USA. Weltweit konnten 1 400 *Premium-User* identifiziert werden: in 32 europäischen Ländern, aber auch in den USA, in Australien, Kanada, Kolumbien und Neuseeland. 79 Verdächtige aller identifizierten *Premium-User* wurden festgenommen. Die Auswertung der Datenträger, die bei den Festnahmen sichergestellt wurden, wird Monate dauern.

*«Viele Pädokriminelle sind Jäger und Sammler. Bei Festnahmen werden entsprechend sehr grosse Datenmengen sichergestellt. Die Analysearbeit ist zeit- und ressourcenintensiv sowie psychisch belastend.»*

Yves, Stellvertretender Kommissariatsleiter der Zentralstelle Cybercrime

Auch wenn es sich bei der Operation STREAM um einen der grössten Erfolge im Kampf gegen die Verbreitung von Material von sexuellem Kindesmissbrauch handelt, konnten noch nicht alle Nutzer der *KidFlix*-Plattform identifiziert werden. Die traurige Realität ist, dass die Täter insbesondere im Bereich der Pädokriminalität weltweit sehr gut vernetzt sind. Sie geben sich gegenseitig Tipps und nutzen Foren mit Anweisungen, um nicht aufzufallen. Es gibt sogar Handbücher dazu.

Umso wichtiger sind gemeinsame grenzüberschreitende Ermittlungen und innovative Instrumente, die auf dem neuesten Stand der Technik sind. Nur so können Täter, aber auch Opfer identifiziert und überführt bzw. in Sicherheit gebracht werden.

Grenzen im Netz? [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/grenzen-im-netz/>]

# fedpol25



Bern empfängt am 29. Oktober 2025 den südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa auf dem Bundesplatz.

## Hoher Besuch aus Südafrika

**Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa stattet Ende Oktober 2025 der Schweiz einen zweitägigen Staatsbesuch ab. fedpol begleitet den Präsidenten von der Landung in Zürich bis zum Abflug: Operation RAINBOW.**

Die Sonne blinzelt über die Bergspitzen der Berner Alpen, als der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa am frühen Morgen des 29. Oktobers 2025 vom Hotel Bellevue abgeholt wird. Mit dabei ist Bruno, der für fedpol die Koordination der Sicherheit zwischen allen Partnern verantwortet und das Sicherheitsdispositiv minutiös vorbereitet hat.

Der zweitägige Staatsbesuch hält für den Kommissär von fedpol keine Überraschungen bereit. Das Programm trägt er fein säuberlich zusammengefasst immer bei sich, doch er kennt es in- und auswendig. Die erste Vorbereitungssitzung fand bereits Ende August statt; weitere folgen. Eine Woche vor dem Besuch trifft sich Bruno mit allen Partnern der beiden Länder, um die Agenda und alle operativen Details zu besprechen. Nichts wird dem Zufall überlassen. Gemeinsam mit den südafrikanischen Partnern rekonstruiert er alle Orte, die Cyril Ramaphosa besuchen wird. Einbindung sowie offene und klare Kommunikation sind ebenso wichtig wie die Gefährdungsanalyse – das weiss der Kommissär. Zu einem reibungslosen Einsatz gehört auch diplomatisches Geschick. Die Kolleginnen und Kollegen der Kantonspolizeien Bern, Zürich, St. Gallen und Thurgau sind

für fedpol in der Operation RAINBOW besonders wichtig: Sie sind für die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen verantwortlich. Aber auch die Militärpolizei, die Luftwaffe und die SBB-Transportpolizei sind eingebunden.

### **Auf Schritt und Tritt dabei**

Bruno begleitet die Delegation auf Schritt und Tritt und weiss, worauf er achten muss. Besonders wachsam ist der Kommissär, als der südafrikanische Präsident kurz nach 15 Uhr in einem gepanzerten Wagen des Bundes auf dem Bundesplatz in Bern vorgefahren wird. Das ist die kritischste Etappe des Besuchs: Der ganze Platz ist abgesperrt, am Rande hat sich eine kleine Menschenmenge versammelt. Ein paar Personen haben südafrikanische Fähnchen dabei und möchten Ramaphosa die Hand schütteln. Es bleibt ruhig.

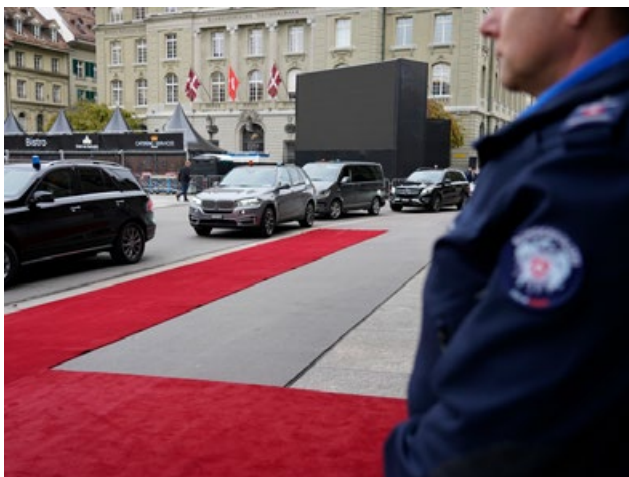
Der Bundesplatz wurde für den Empfang vorbereitet und zeigt sich von seiner schönsten Seite: Der rote Teppich ist ausgerollt, die südafrikanischen und Schweizer Fahnen wehen im Wind, und die Militärfanfare steht bereit. Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter empfängt Ramaphosa und stellt ihn ihren Kolleginnen und Kollegen des Bundesrats vor. Es folgen militärische Ehren und die Nationalhymnen beider Länder. Die Stimmung bleibt festlich und friedlich.

Sie besuchen das Parlamentsgebäude wie auch den Bernerhof, wo die Bundespräsidentin und der südafrikanische Präsident eine Absichtserklärung unterschreiben, um die Beziehung der beiden Länder zu vertiefen. Ob in der Wandelhalle oder im Sitzungszimmer: Das Sicherheitspersonal von fedpol – teilweise bewaffnet – beobachtet mit wachsamem Blick, ob alles nach Plan verläuft. Für den Notfall wäre es gewappnet, doch dazu kommt es glücklicherweise nicht.

Am nächsten Tag reist die Delegation in die Ostschweiz, die Heimat von Bundespräsidentin Keller-Sutter. Von dort aus geht es abends direkt zum Flughafen Zürich; die südafrikanische Delegation steigt ins Flugzeug nach Johannesburg und Bruno ins Auto, zurück nach Bern. Die Anspannung fällt langsam ab: Die Operation RAINBOW kann erfolgreich abgeschlossen werden.

*«Es ist unerlässlich, mit all unseren Partnern und insbesondere unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen in Kontakt zu treten, um operative Details zu besprechen. Es geht zum Beispiel ganz konkret darum, zu definieren, wie der Autokonvoi zusammengestellt ist und wo die Sicherheitsbeamten sitzen.»*

Bruno, Kommissär der Abteilung Sicherheit Personen und Objekte



fedpol steht bereit, als der Konvoi mit dem südafrikanischen Präsidenten vor dem Parlamentsgebäude ankommt.



Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter stellt dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem

Bundesrat vor.



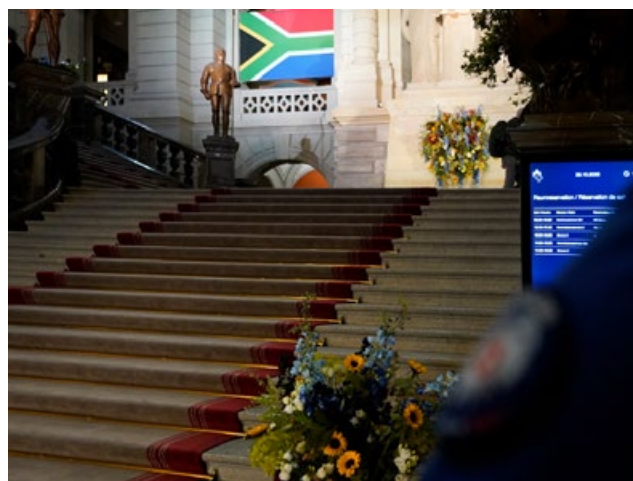
Offizieller Empfang mit militärischen Ehren auf dem Bundesplatz in Bern.



Die Eingangskontrolle im Parlamentsgebäude wird von fedpol sichergestellt.



Das Sicherheitspersonal von fedpol steht vor der Wandelhalle im Parlamentsgebäude Wache.



Für den Staatsbesuch wurde das Parlamentsgebäude mit der südafrikanischen Flagge geschmückt.

[Zunahme von Sicherheitsmassnahmen als Folge der globalen politischen Konflikte \[https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/zunahme-von-sicherheitsmassnahmen-als-folge-der-globalen-politischen-konflikte/\]](https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/zunahme-von-sicherheitsmassnahmen-als-folge-der-globalen-politischen-konflikte/)

# fedpol25



Dem Verkehr in Kairo wird häufig nachgesagt, extrem dicht und chaotisch zu sein. Während der beiden bundesrätlichen Besuche ist er seinem Ruf voll und ganz gerecht geworden.

## Auf die Mission konzentriert, trotz emotionaler Momente

**Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Bundesrat Beat Jans weilten im November 2025 beide, aber unabhängig voneinander zu einem offiziellen Besuch in Ägypten. fedpol stellte den Nahschutz sicher – unter manchmal belastenden Bedingungen.**

Kairo, Ägyptens weitläufige Hauptstadt, ist mindestens so berühmt für die Pyramiden von Gizeh wie für ihre Monsterstaus. Eine Kommissarin und ein Kommissar des Bundessicherheitsdienstes (BSD) durften im November 2025 in den manchmal chaotischen Alltag eintauchen, als sie zwei offizielle Besuche in Ägypten begleiteten.

Für Vanessa und Cédric fällt der Startschuss vor Ort schon einige Tage vor der Ankunft von Elisabeth Baume-Schneider, die am 1. und 2. November in Kairo weilt. Die beiden führen auch Erkundungen im Hinblick auf den geplanten Besuch von Beat Jans im gleichen Land zwei Wochen später durch.

Zwei Besuche von Magistratspersonen im selben Land innerhalb weniger Wochen – das ist schon eher ungewöhnlich. Für die beiden Nahschutzspezialisten hat es auch einen Vorteil: Sie können ihr Erkundungsprogramm verdichten. Während der Erkundungen stellen die beiden namentlich den Kontakt zur Schweizer Botschaft vor Ort und zu den

lokalen Behörden her und inspizieren die Orte, an die sich die beiden Bundesratsmitglieder begeben werden.

### **Respekt vor der Aufgabe**

Cédric, für den es die erste Auslandsreise in dieser Funktion ist, hält nicht zurück, dass er anfänglich einen gewissen Respekt vor der Aufgabe hatte. «Man kennt ein Land vielleicht schon von Badeferien her, hat aber keine Ahnung von der Sicherheitslage vor Ort. Wir hatten viele Fragezeichen, wie die Beziehungen mit unseren Partnern funktionieren würden», erklärt er.

*«Man kennt ein Land vielleicht schon von Badeferien her, hat aber keine Ahnung von der Sicherheitslage vor Ort. Wir hatten viele Fragezeichen, wie die Beziehungen mit unseren Partnern funktionieren würden.»*

Cédric, Kommissär

Begeben sich Schweizer Magistratspersonen auf Auslandsreise, ist fedpol für ihre Sicherheit verantwortlich. Es ist aber das Gastland, das die Schutzmassnahmen umsetzt. «Auf der Grundlage unserer Analyse beantragen wir den lokalen Behörden ein Sicherheitsdispositiv. Doch die letztendlich umgesetzten Massnahmen sind für uns manchmal mit Überraschungen verbunden. Dann müssen wir verhandeln, bis wir uns einig sind», erklärt Vanessa.

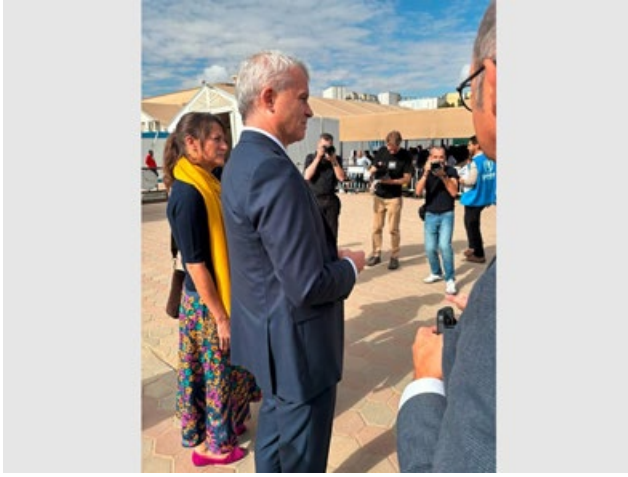
### **Die Tücken des Verkehrs**

Im Falle der beiden Besuche in Ägypten werden die Bedenken von Vanessa und Cédric rasch weggewischt sein. Die ersten Kontakte mit der Schweizer Botschaft verlaufen positiv, ebenso die Absprache mit den ägyptischen Behörden. Der Verkehr allerdings wird seinem Ruf – wenig überraschend – alle Ehre machen und dafür sorgen, dass die Programme der beiden Bundesräte mehrmals nachjustiert werden müssen. Elisabeth Baume-Schneider wird während ihres zweitägigen Besuchs in Ägypten zunächst eine archäologische Fundstelle in Kairo besuchen. Danach wird sie der Eröffnung des *Grand Egyptian Museum* beiwohnen, bevor sie zu einem Austausch mit Schweizer Archäologinnen und Archäologen nach Luxor weiterreisen wird.

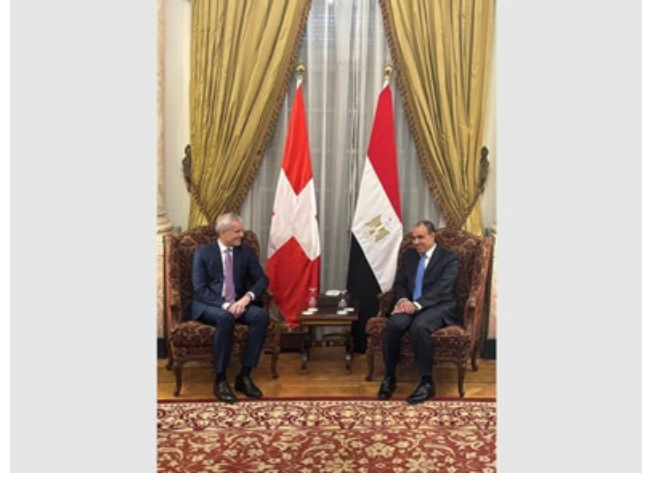
### **Prägende Momente**

Das offizielle Programm von Beat Jans in Kairo startet zwei Wochen später. Der erste Programmpunkt ist ein Treffen mit dem Aussenminister. Es folgen unter anderem mehrere Besuche an Aufnahmeorten für Flüchtlinge, insbesondere solchen aus den Konfliktgebieten in Sudan und Gaza. Trotz der bis ins kleinste Detail geplanten Mission räumen Vanessa und Cédric ein, dass es einige besonders prägende Momente gab. «Diese Besuche waren zum Teil emotionaler, als wir es antizipiert hatten, insbesondere als wir Beat Jans ins UNO-Registrierungszentrum für Flüchtlinge in Kairo begleiteten», verrät Cédric. Nichtsdestotrotz blieben sie beide «stets voll auf die Mission konzentriert», wie Vanessa anfügt.

Die Arbeitstage, welche die beiden zu bewältigen hatten, waren lang und konnten auch mal bis zu zwanzig Stunden dauern. «Parallel zu den Besuchen führten wir Erkundungen durch, und manchmal mussten wir dann noch mit den lokalen Behörden verhandeln», erzählt Vanessa. Gleichwohl erklären beide unisono: Die nächste solche Mission kann kommen.



Beat Jans besuchte während seiner Reise ein UNO-Registrierungszentrum für Flüchtlinge in Kairo.



Der erste offizielle Termin von Beat Jans in Kairo war ein Treffen mit dem ägyptischen Aussenminister, Badr Abdelatty.



Auf dem Programm von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider stand unter anderem ein Besuch bei in Ägypten tätigen Schweizer Archäologinnen und Archäologen.



Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (Mitte) am Schweizerischen Institut für Ägyptische Bauforschung und Altertumskunde in Kairo im Austausch mit Schweizer Ägyptologinnen und Ägyptologen.



Die Kommissäre von fedpol begleiteten Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider auch an einige historische Stätten, wie hier die Pyramiden von Gizeh.

Zunahme von Sicherheitsmassnahmen als Folge der globalen politischen Konflikte [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/zunahme-von-sicherheitsmassnahmen-als-folge-der-globalen-politischen-konflikte/>]

# fedpol25



Gutes Gelingen ist kein Zufall. Die Sicherheitsverantwortlichen müssen gleichzeitig die Sicherheit eines geschützten Ortes und den reibungslosen Verlauf des Anlasses gewährleisten.

## Ein Sicherheitsdispositiv, das hält, was es verspricht

Es ist der 15. Mai 2025: Das Bundesgericht feiert in Lausanne sein 150-jähriges Bestehen. Im Einsatz steht auch fedpol, um die Sicherheit des Anlasses und der Gäste zu gewährleisten.

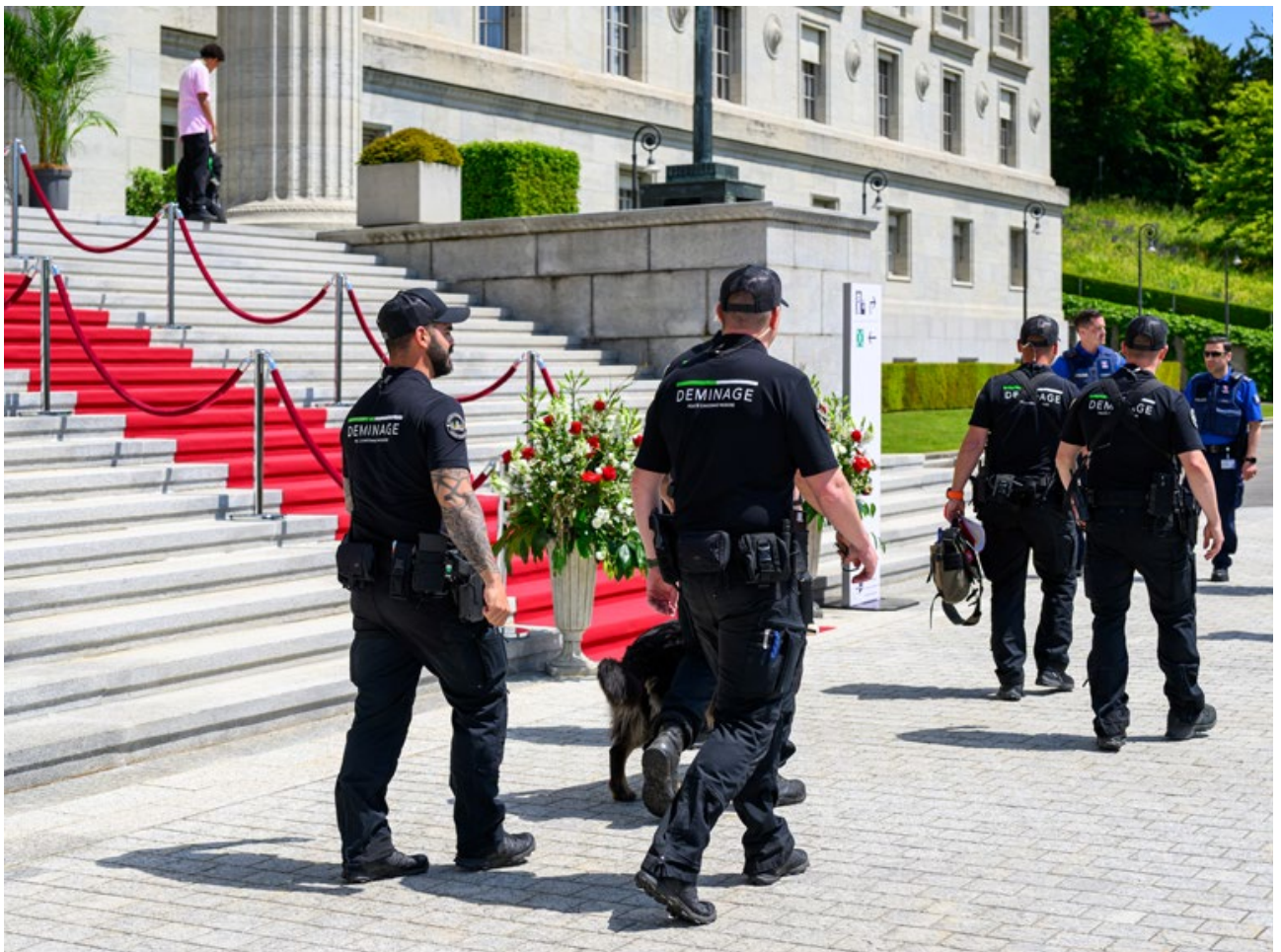
Der offizielle Festakt zum 150-jährigen Bestehen des Bundesgerichts in Lausanne steht kurz vor Beginn: Pünktlich um 18.15 Uhr soll es losgehen, an diesem heissen 15. Mai 2025, der sich langsam zu Ende neigt. Dieser Moment markiert zugleich den Höhepunkt einer mehrwöchigen, intensiven Vorbereitungszeit bei fedpol. Einsatzleiter Pascal, der mit rund 15 seiner Kolleginnen und Kollegen des Bundessicherheitsdienstes (BSD) vor Ort im Einsatz steht, hat allerdings alles andere im Kopf als Feiern. Höchste Konzentration ist angesagt, um die Sicherheit eines solch hochrangigen Anlasses zu gewährleisten.

### Enge Zusammenarbeit ist Pflicht

Rückblende: Zwei Monate vor dem grossen Tag geht bei fedpol eine offizielle Anfrage des Bundesgerichts ein. Die Gerichtsbehörde möchte ihr anstehendes Jubiläum in ihrem imposanten Gebäude in Lausanne, dem *Palais Mon-Repos*, begehen und fedpol damit betrauen, das Dispositiv zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des Bundesgerichts

während der Jubiläumsfeier umzusetzen. Rund 200 Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland werden erwartet. Zwar steht für die Vorbereitung dieses Auftrags genügend Zeit zur Verfügung, doch warten zahlreiche Herausforderungen auf Pascal und seine Kolleginnen und Kollegen, die normalerweise für die Sicherheit der Gebäude im Zentrum von Bundesbern zuständig sind. Auf offizielle Anfrage kann fedpol jedoch auch andere Bundesgebäude schützen (siehe Box).

Die grösste Herausforderung ist die Entwicklung eines Konzepts, das den Schutz und die Überwachung eines Gebäudes sicherstellt, das sie selbst nicht kennen. Darüber hinaus muss eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern auf die Beine gestellt werden. In diesem Fall sind dies die Waadtländer Kantonspolizei und der Sicherheitsdienst des Bundesgerichts. Zu diesen Unbekannten kommt eine weitere Aufgabe hinzu, die ebenfalls in die Zuständigkeit des BSD fällt: der Schutz der an diesem Anlass anwesenden Magistratspersonen. Im Laufe der Wochen, der Sitzungen und des regen Austauschs nimmt das Sicherheitsdispositiv langsam, aber sicher seine endgültige Form an.



fedpol, Waadtländer Kantonspolizei und Sicherheitsdienst des Bundesgerichts gemeinsam im Einsatz für eine Jubiläumsfeier ohne Zwischenfälle.

### **Jedes Detail zählt**

Die Arbeit erfordert Geduld und Sorgfalt. Insbesondere muss das Programm der Feierlichkeiten im Detail studiert werden, damit – wie Pascal es nennt – allfällige «Aufmerksamkeit erfordernde Punkte» identifiziert werden können. Im Klartext heisst das: Nichts darf ausser Acht gelassen werden, wenn man böse Überraschungen am Tag X vermeiden will. Im Zuge der Koordination muss auch die Entscheidungskette definiert werden, die bei einem Unfall oder Grossereignissen aller Art, einschliesslich einem Terrorangriff, gelten würde. Alle denkbaren Szenarien werden geprüft, unzählige Fragen geklärt: Wer oder was muss alles durchsucht werden – das Personal, das Essen anliefert, die Chorkinder, die Instrumente der Blaskapelle, die während der Feier spielen wird?

Jeder Entscheid ist sorgfältig abzuwägen. Es ist ein feiner Balanceakt zwischen zwei Bedürfnissen: einen geschützten Ort zu sichern und den reibungslosen Verlauf des Anlasses nicht zu gefährden.

Doch die gute Vorbereitung zahlt sich aus, wie sich am Tag X zeigt. Mit Ausnahme einer Person, die einen Hitzeschlag erleidet, werden die Feierlichkeiten durch nichts gestört. Kurz vor Mitternacht geht für Pascal und seine Kolleginnen und Kollegen ein sehr langer Arbeitstag zu Ende. Alle sind müde, aber zufrieden – Mission erfüllt.



Dank des reibungslosen Ablaufs der Jubiläumsfeier konnten die geladenen Gäste ganz auf die Bedeutung des Bundesgerichts für eine unabhängige Justiz in der Schweiz fokussieren und diese würdigen.

## Gut geschützte Bundesgebäude



Sie sind nicht zu übersehen, wenn man in Bern in der Nähe des Parlamentsgebäudes unterwegs ist. Das bewaffnete polizeiliche Sicherheitspersonal von fedpol trägt blaue Uniform, einen gut sichtbaren Badge auf dem linken Arm und den Aufdruck «Police fedpol» auf dem Rücken. Die Schutzmission im Herzen der Schweizer Demokratie ist eine absolute Priorität von fedpol. Auch andere Gebäude in Bundesbern, namentlich die Bundeshäuser West, Ost, Nord und Inselgasse sowie der Bernerhof, wo die Bundesratsmitglieder ihren Sitz haben, und das Medienzentrum Bundeshaus werden von fedpol geschützt.

Auf offizielle Anfrage hin können auch weitere Bundesgebäude geschützt werden, so wie es im Mai 2025 beim offiziellen Festakt des Bundesgerichts in Lausanne der Fall war. Dabei arbeitet fedpol immer eng mit der Kantons- und der Stadtpolizei zusammen. Im Rahmen seines Auftrags ist fedpol ausserdem für die Sicherheit der ausländischen diplomatischen Vertretungen in der Schweiz verantwortlich.

*«Zwei Dinge nehme ich aus diesem Einsatz mit: Wie wichtig die Vorbereitung ist und wie gut die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Partnern funktioniert hat. Diesen zuzuhören und ihre Anliegen und Bedürfnisse ernstzunehmen, ist bei einem solchen Vorhaben entscheidend.»*

Pascal, Einsatzleiter

Zunahme von Sicherheitsmassnahmen als Folge der globalen politischen Konflikte [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/zunahme-von-sicherheitsmassnahmen-als-folge-der-globalen-politischen-konflikte/>]



Am Produktionsstandort für Identitätsausweise sind die Vorbereitungsarbeiten auf Kurs.

## Eine biometrische Identitätskarte in der Pipeline

**Tock, tock, bumm, zip zip zip: Die Maschinen laufen auf Hochtouren an den Produktionsstandorten für Schweizer Ausweise. Wenige Monate vor der Einführung der biometrischen Schweizer Identitätskarte nehmen die Vorbereitungsarbeiten an Fahrt auf.**

In den Produktionsstätten summt und brummt es: Die Identitätskarte saust von Station zu Station wie eine Modelleisenbahn auf gutgeöhlten Schienen. Kontrollleuchten blinken, mechanische Arme schalten sich ein, und die Spezialistinnen und Spezialisten prüfen jedes noch so kleine Detail. Wir befinden uns an einem der Produktionsstandorte, wo die Vorbereitungen für die neue Schweizer Identitätskarte in vollem Gang sind. Heute trifft Projektleiterin Olivia die Kolleginnen und Kollegen des Bundesamts für Bauten und Logistik (BBL) zu einer Follow-up-Sitzung. Das Ziel: alles dingfest machen vor der geplanten Einführung der künftigen biometrischen Schweizer Identitätskarte am 2. November 2026.

### **Eine biometrische Identitätskarte - was ist das?**

Wie der Schweizer Reisepass, der bereits seit einigen Jahren im Einband integriert einen elektronischen Chip enthält, wird die neue Identitätskarte einen nicht sichtbaren Chip enthalten. Dieser wird zwischen den verschiedenen laminierten Schichten der Karte eingebettet sein. Karten mit Chip unterscheiden sich von Karten ohne Chip zum einen

durch die CAN, die *Card Access Number*, die einen sicheren Zugriff auf das Foto und die persönlichen Daten ermöglicht, und zum anderen durch das internationale *Chip-Inside*-Symbol, an dem zu erkennen ist, dass das Dokument einen Chip enthält.

## Wahl zwischen zwei Optionen



Die Einführung der neuen biometrischen Identitätskarte ist am 2. November 2026 geplant. Diese wird einen Chip enthalten, auf dem zwei Fingerabdrücke und das Foto der Inhaberin oder des Inhabers des Dokuments gespeichert sind – gleich wie beim aktuellen Reisepass. Parallel zur neuen Karte wird weiterhin auch eine Identitätskarte ohne Chip erhältlich sein, für alle, die einen nicht biometrischen Ausweis bevorzugen. Sämtliche Details zu den beiden Optionen werden in diesem [Video](https://www.youtube.com/watch?v=cKtiC7FbAwQ) [https://www.youtube.com/watch?v=cKtiC7FbAwQ] erläutert.





## Biometrische Identitätskarte versus E-ID



Bei diesen beiden Produkten handelt es sich um verschiedene und voneinander unabhängige Lösungen, die aber manchmal verwechselt werden. Die biometrische Identitätskarte ist ein physisches Dokument. Sie dient der Identifikation im Alltag und ermöglicht zudem Reisen im Schengen-Raum.

Die E-ID ist eine kostenlose Ergänzung zur physischen Identitätskarte und soll wie die biometrische Identitätskarte Ende 2026 eingeführt werden. Es handelt sich um eine elektronische Identität, mit der man sich in der digitalen Welt ausweisen kann. Sie wird über die App *Swiyu Wallet* auf dem Mobiltelefon verfügbar sein. Die E-ID ist kein Reisedokument. Auf der [Website zur E-ID \[https://www.eid.admin.ch/de\]](https://www.eid.admin.ch/de) sind viele weitere nützliche Informationen zu diesem Projekt des Bundesamts für Justiz (BJ) zu finden. [fedpol ist am Projekt beteiligt \[https://www.fedpol.admin.ch/de/laufen-de-projekte\]](https://www.fedpol.admin.ch/de/laufen-de-projekte): als Ausstellerin der künftigen E-ID. Auch bei diesem Vorhaben sind die Vorbereitungsarbeiten auf Kurs.

*«Die Sicherheit der neuen Identitätskarte mit Chip und der verantwortungsvolle Umgang mit den darin enthaltenden Daten stehen für mein Team und mich an oberster Stelle. Die sensiblen Informationen sind geschützt und ausschliesslich für klar definierte, gesetzlich geregelte Zwecke zugänglich. So schaffen wir einen vertrauenswürdigen Ausweis.»*

Olivia, Projektleiterin Biometrische Identitätskarte

[Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit \[https://fedpol.report/de/report-2025/zaehlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/\]](https://fedpol.report/de/report-2025/zaehlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/)





## Was ist forensisches Profiling?



Beim forensischen Profiling werden die typischen «Unterschriften» von Fälscherinnen und Fälschern identifiziert und anhand von diesen gefälschte Dokumente zu Serien verbunden. In der internationalen Datenbank ProFID-SERIES und ihrem schweizerischen Pendant, der BIDIF, werden diese Informationen zentral gespeichert und geteilt. So können länderübergreifend Fälle verglichen, Fälschungsserien aufgedeckt, die Polizeizusammenarbeit gestärkt und gegebenenfalls das Bestehen eines kriminellen Netzwerks belegt werden.

Manchmal sind es auch mit den Fällen verbundene kontextbezogene Informationen, die einen Hinweis liefern. In der BIDIF sind bereits einige Angaben erfasst. fedpol kontaktiert den Kanton, in dem das dritte gefälschte Dokument festgestellt wurde. Die Person, die mit dieser falschen Identität unterwegs war, wurde beim Versuch, ein Bankkonto zu eröffnen, in flagranti erwischt. Die Spur führt nach Frankreich, genauer: nach Paris. Und die Suche enthüllt gar einen Namen.

Schweiz, Marokko, Italien, Frankreich: Fälscher und ihre «Ausweisproduktion» kennen keine Grenzen. Einzelnen betrachtet scheint jeder Fall seine eigene Geschichte zu haben. Erst zusammengenommen – dank forensischem Profiling – ergibt sich ein grösseres Bild: dieselben Fehler, dieselben Indizien, dieselben «Unterschriften». Diese Überlappungen sind vielleicht der erste Riss in der Fassade eines grösseren Netzwerks. Wie gross das Phänomen tatsächlich ist, wird sich noch weisen – wenn aber dieselbe Quelle noch einmal auftaucht, dann ist es kein Zufall mehr. Sondern eine Spur.

*«Irgendwann macht es klick – und was nur eine Spur war, ergibt plötzlich Sinn und fügt sich zu einem Ganzen zusammen. Dank der gesammelten Informationen können wir die Ermittlungen steuern, in die richtige Richtung ermitteln und die von den Kriminellen hinterlassenen Spuren zurückverfolgen.»*

Solène, Fachexpertin für Dokumentenfälschungen

[Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit \[https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/\]](https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/)

# fedpol25



fedpol ist für die Ausstellung der künftigen E-ID zuständig.

## Testen, optimieren, koordinieren: 2025, ein Schlüsseljahr für die E-ID

2025 haben die Vorbereitungen für den elektronischen Identitätsnachweis (E-ID) bei fedpol einen Meilenstein erreicht: Dank einer Beta-Version konnte die Infrastruktur unter echten Bedingungen getestet werden. Zugleich hat fedpol mit dem Aufbau der Staatlichen Identitätsstelle begonnen, die für die Ausstellung der E-ID zuständig sein wird. Ein koordinierter, kollektiver Effort im Vorfeld der Ende 2026 geplanten Einführung.

Hand aufs Herz: Wer hat sich noch nie – auch nicht für einen kurzen Augenblick – gewünscht, in eine fremde oder völlig neue Identität schlüpfen zu können? In den vergangenen Monaten ging das! Und erst noch ganz legal. Der Bund machte es möglich: mit der Beta-ID. Wer wollte, konnte sich eine fiktive Identität zulegen und damit die Umgebung des künftigen elektronischen Identitätsnachweises testen.

Für die Entwicklerteams war es ein Test in voller Lebensgrösse. Für fedpol war die Phase Teil eines grösseren Ganzen: 2025 sind die Vorbereitungen im Hinblick auf die geplante Einführung der E-ID am 1. Dezember 2026 auf technischer wie auch organisatorischer Ebene mit Siebenmeilenschritten vorangekommen.

## Die E-ID und fedpol



Die Aufgabe von fedpol wird es sein, die Identität der antragstellenden Personen anhand der Daten aus den amtlichen Personen- und Zivilstandsregistern zu überprüfen und gestützt darauf die E-ID auszustellen. Um eine E-ID zu beantragen, scannt die antragstellende Person in der Applikation *Swiyu Wallet* ihr Ausweisdokument und übermittelt ihre Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum und Ausweisnummer). Anschliessend nimmt sie ein kurzes Video von sich auf. So wird verifiziert, dass es eine echte Person ist, die gerade eine E-ID beantragt (*Liveness Check*). Aus dem Video wird ein Referenzfoto extrahiert und mit dem Foto in den amtlichen Registern verglichen. Stimmt alles überein, so wird die E-ID innerhalb von Minuten direkt auf das Smartphone ausgestellt. Alternativ ist auch eine Vor-Ort-Verifikation möglich, zum Beispiel im Passbüro oder bei der zuständigen Identifikationsbehörde.

### Beta-ID: öffentlicher Stresstest für die Infrastruktur

Die ab Frühling 2025 bereitgestellte Beta-ID diene als grossangelegtes «Versuchslabor», mit dem sich das Verhalten des Systems im realen Einsatz beobachten, Funktionen testen und die erforderlichen Anpassungen identifizieren liessen. Dank dieser Etappe konnte fedpol, das die E-ID künftig ausstellen wird, die betroffenen Systeme und die IT-Infrastruktur adaptieren und optimieren. Die grösste Herausforderung bestand darin, die Testumgebung zu betreiben, während parallel dazu – dank sukzessiver Verbesserungen über agile Sprints (siehe Box) – die finale Version entwickelt wird.

## Was ist ein Sprint?



Ein Sprint gemäss der agilen Methode [<https://www.hermes.admin.ch/de/projektmanagement/methodeneueberblick.html>] ist eine kurze, definierte Zeitspanne, während der ein Team seine Ressourcen auf ein präzises Ziel konzentriert. Im IT-Bereich können so Funktionalitäten entwickelt, getestet und verbessert, ein spezifisches Problem behoben und innert kurzer Zeit konkrete Ergebnisse erzielt werden – etwa zur Implementierung der Benutzeroberfläche für die Vor-Ort-Verifikation. Nach Abschluss eines Sprints steht in der Regel eine funktionierende oder verbesserte Version des Produkts zur Verfügung.

### Die Staatliche Identitätsstelle, eine zentrale neue Struktur

Neben den technischen Aspekten hat fedpol 2025 auch mit dem Aufbau der Staatlichen Identitätsstelle (SID) begonnen. Die Umsetzungsarbeiten laufen 2026 weiter. Die in der SID tätigen Spezialistinnen und Spezialisten werden die Ausstellung und Verwaltung der E-ID über deren ganzen Lebenszyklus überwachen. Ausserdem werden sie Fälle bearbeiten, bei denen die automatisierte Identitätsverifikation nicht ausreicht und eine manuelle Überprüfung nötig ist. Die SID wird auch IT-Support leisten und mitüberwachen, dass die Online-Identitätsverifikation ordnungsgemäss funktioniert. Stichproben- und verdachtsbasierte Kontrollen ergänzen ihr Aufgabenportfolio.

## Synergien nutzen

Die SID wird sich auf – namentlich in der Abteilung Biometrische Identifikation von fedpol – bereits vorhandene Kompetenzen abstützen können. Das benötigte Know-how, insbesondere im Bereich der Identitätsverifikation mittels Gesichtsbildabgleich, überschneidet sich teilweise mit Kompetenzen, die im Projekt [AFIS2026 \[https://www.fedpol.admin.ch/de/gesichtsbildabgleich\]](https://www.fedpol.admin.ch/de/gesichtsbildabgleich) aufgebaut werden.

Die Vorbereitungsarbeiten laufen aber nicht nur bei fedpol auf Hochtouren. Über hundert Personen in verschiedenen Bundesämtern sind am E-ID-Programm beteiligt. Das Bundesamt für Justiz (BJ) koordiniert das Programm, und fedpol arbeitet eng mit ihm zusammen, um die Kompatibilität und Kohärenz der Entwicklungen sicherzustellen. Der gleichen Logik folgt auch der IT-Support: Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) wird sich um Zugriffsfragen und Anwendungsprobleme kümmern, während fedpol Second-Level-Support in komplexeren Fällen leisten wird, namentlich in Zusammenhang mit der Ausstellung der E-ID oder in Situationen, die sich nicht mit Standardantworten lösen lassen.

*«Ich bin sehr zufrieden mit dem Fortschritt der Arbeiten zum Aufbau der SID. Eine massgebliche Schlüsseletappe steht allerdings noch bevor: die bundesinterne Testphase, die ab Juli 2026 vorgesehen ist. Sie wird entscheidend sein, damit wir für die geplante flächendeckende Einführung per 1. Dezember 2026 bereit sind.»*

Isaline, verantwortliche Projektleiterin für den Aufbau der SID



Russische Geschäftsleute sollen zahlreiche Immobilien erworben haben – mutmasslich im Kontext von Geldwäscherei zur Sanktionsumgehung.

## Auf der Suche nach russischen Geldern

**Aus einer Spontaninformation der Meldestelle für Geldwäscherei entwickelt sich ein Erfolg versprechender Fall. Mehrere europäische Länder sind betroffen. Im Fokus steht Geldwäscherei, möglicherweise im Zusammenhang mit der Umgehung von Sanktionen.**

Als 2024 die Behörden eines ausländischen Staates Vermögenswerte in Millionenhöhe beschlagnahmen, die in Verbindung mit russischen Geschäftsleuten stehen, ist das internationale Medieninteresse weitreichend. Im Fokus steht der sanktionierte russische Oligarch Aleksandr\*, der mutmasslich dem Kreml nahesteht. Aber auch Oleg\* und Dimitri\*, deren Namen bereits 2021 in den «*Panama Papers*» auftauchten, stehen im Fokus, denn sie werden verdächtigt, für Aleksandr als Strohleute agiert zu haben. Die beiden sollen zahlreiche Immobilien erworben haben, hauptsächlich mittels Darlehen von privaten Unternehmen mit Sitz in Zypern und auf den Britischen Jungferninseln.

### Follow the Money

Das internationale Medienecho hallt bis in die Schweiz: Die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) erhält zahlreiche Verdachtsmeldungen, insbesondere von Schweizer Privatbanken, die einen Bezug zu Oleg und Dimitri haben. MROS analysiert die

eingegangenen Meldungen und verschickt eine sogenannte Spontaninformation an die betroffene *Financial Intelligence Unit (FIU)*.

## Spontaninformationen der MROS



Eine Spontaninformation der MROS ist eine Mitteilung, die an die Strafverfolgungsbehörden, die ausländischen *Financial Intelligence Units (FIU)* oder die zuständigen nationalen Behörden geschickt wird, wenn Anhaltspunkte für Geldwäscherei, deren Vortaten oder Terrorismusfinanzierung bestehen. Eine Spontaninformation beinhaltet je nach Fall auffällige Transaktionen, konkrete Personen oder Gesellschaften sowie mögliche Zusammenhänge mit medial bekannten Ermittlungen. Sie erfolgt meistens ohne das Ersuchen einer Behörde, sondern wird von der FIU selbstständig erstellt. 2025 versendet MROS 223 Spontaninformationen an ausländische FIU.

Die Spontaninformation führt zu einem Austausch zwischen der zuständigen ausländischen Strafverfolgungsbehörde und fedpol. Dabei wird ersichtlich, dass weitaus mehr Länder von der Beschlagnahmung der russischen Gelder betroffen sind. Weitere europäische Länder werden in diese Operation miteinbezogen. Der Verdacht erhärtet sich, dass Oleg und Dimitri in mehreren Ländern eine undurchsichtige und komplexe Struktur von Sitzgesellschaften aufgebaut haben. Die Strohmänner nutzen ihr Eigentum, unter anderem Liegenschaften, sowohl für persönliche als auch für geschäftliche Zwecke. Über ihre Bankkonten waschen sie das Geld und umgehen so möglicherweise Sanktionen.

### Das russische Geld liegt auch in der Schweiz

Die Ermittlungen zeigen, dass Oleg und Dimitri in mehreren Kantonen Vermögen besitzen. Die zuständige ausländische Strafverfolgungsbehörde reicht beim Bundesamt für Justiz ein Rechtshilfeersuchen ein mit dem Ziel, Hausdurchsuchungen durchzuführen und die Vermögenswerte von Oleg und Dimitri zu beschlagnahmen, insbesondere Bankkonten und Immobilien. Eine kantonale Staatsanwaltschaft übernimmt die Ausführung des Rechtshilfeersuchens. fedpol koordiniert den Fall in der Schweiz und im Ausland. Ende 2025 ist es so weit: Über 50 Schweizer Ermittlerinnen und Ermittler sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus mehreren Kantonen sind im Einsatz.

Die Beschlagnahmungen finden als Erstes in der Schweiz statt; weitere Aktionen in europäischen Ländern werden folgen. Es handelt sich bis heute um einen der grössten Fälle im Kontext der Geldwäscherei zum Zweck der Sanktionsumgehung.

*«Medienberichte im Zusammenhang mit Geldwäscherei, insbesondere bei geopolitischen Konflikten, sind eine wichtige Informationsquelle für Finanzintermediäre und Strafverfolgungsbehörden. Sie können die Übermittlung von Verdachtsmeldungen sowie die Eröffnung von Strafverfahren beschleunigen.»*

Raffaele, Verbindungsbeamter im Ausland

\* Name geändert

Geldwäscherei: Zahl der Meldungen steigt um mehr als ein Drittel an [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/geldwaescherei-zahl-der-meldungen-steigt-um-mehr-als-einen-drittel-an/>]

Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/>]

# fedpol25



Biometrische Merkmale und Fingerabdrücke im Speziellen eignen sich besonders gut für die Identifikation, denn die verändern sich nicht.

## Identifiziert!

Die Spuren von Khalil\* führen von der Türkei nach Griechenland und bis in die Schweiz – er ist auf der Flucht. In der Türkei wird er der Freiheitsberaubung, der Erpressung und des Mordes beschuldigt. Dank Fingerabdrücken und einer *Red Notice* von INTERPOL kann er in der Schweiz identifiziert werden.

Im September 2025 wird Khalil von der Schweiz in die Türkei ausgeliefert. Dort ist er Beschuldigter in einem Strafverfahren. Ihm wird vorgeworfen, im Jahr 2021 eine Frau in seiner Wohnung im Istanbul Stadtteil Beyoğlu eingesperrt zu haben. Danach soll er ihre Familie erpresst und die Frau ermordet haben.

Die Ermittlungen der türkischen Behörden laufen auf Hochtouren. Doch Khalil ist nach seiner Tat nach Griechenland geflüchtet und hat sich dort eine falsche Identität zugelegt: Illias. Trotz seiner Flucht und einer neuen Identität wird er in Griechenland aufgespürt und im Auftrag der türkischen Behörden von der griechischen Polizei befragt. Er behauptet gegenüber den griechischen Behörden, dass er sich zum Zeitpunkt der Tat bereits in Griechenland befand. Nach der Befragung taucht Khalil unter. Im Oktober 2024 schreiben die türkischen Behörden Khalil über den INTERPOL-Kanal mit einer *Red Notice* international zur Fahndung aus.

## Red Notice



Über INTERPOL tauschen Polizeibehörden aus 196 Mitgliedstaaten weltweit Fahndungs- und Warninformationen aus. Eine *Red Notice* dient der internationalen Fahndung nach einer Person mit dem Ziel der vorläufigen Festnahme und einer möglichen Auslieferung, ist jedoch kein internationaler Haftbefehl. Weitere INTERPOL-Notices sind:

- Yellow: für vermisste oder unbekannte Personen
- Blue: zur Abklärung einer Identität oder eines Aufenthaltsorts
- Green: zur Warnung vor potenziell gefährlichen Personen
- Black: zur Identifikation unbekannter Toter
- Purple: für den Informationsaustausch von Tatmitteln und Vorgehensweisen
- Orange: für konkrete Sicherheitswarnungen

### Identifikation in der Schweiz

Rund eine Woche nach der INTERPOL-Ausschreibung kontrolliert die Kantonspolizei Jura eine Person wegen Verdachts auf Diebstahl. Was die Kantonspolizei noch nicht weiss: Es handelt sich dabei um Khalil, der in der Schweiz unter einem weiteren Aliasnamen lebt.

Ein paar Tage später fällt Khalil der Polizei erneut auf. Diesmal nimmt die Kantonspolizei Jura seine Fingerabdrücke auf und gleicht sie im von fedpol betriebenen automatisierten Fingerabdruckidentifikationssystem (AFIS) ab. Es kommt zu einer Übereinstimmung mit den in der *Red Notice* enthaltenen Fingerabdrücken. fedpol informiert die Kantonspolizei Jura und gleichzeitig das für Auslieferungsfragen zuständige Bundesamt für Justiz (BJ) über den Treffer, einen sogenannten *Hit*. Das BJ ordnet Auslieferungshaft an und informiert die türkischen Behörden über die erfolgte Verhaftung. Diese stellen wiederum ein Auslieferungsgesuch an das BJ, und der Polizeiattaché von fedpol in der Türkei unterstützt die Vorbereitungen rund um die Auslieferung.

Bei weiteren Untersuchungen kommt ans Licht, dass sich Khalil mindestens weitere fünf Aliasnamen zugelegt hatte. Um nicht erkannt zu werden, hat er sogar sein Erscheinungsbild verändert und sich ein grosses Tattoo auf den Nacken stechen lassen. So war er lange unbehelligt in Griechenland, Österreich und der Schweiz unterwegs. Das Auslieferungsverfahren gegen Khalil ging bis vor Bundesgericht. Im September 2025 ist es dennoch soweit: Aufgrund einer Auslieferungsbewilligung des BJ erfolgt die Überführung in die Türkei. Der Fall ist somit auch für fedpol abgeschlossen.

### Die Bedeutung von biometrischen Daten

Biometrische Merkmale eignen sich besonders gut für die Identifikation, insbesondere Fingerabdrücke, denn die verändern sich nicht. Die feinen Linien an den Fingerkuppen, die sogenannten Papillarleisten, entstehen schon vor der Geburt und regenerieren sich selbst nach kleineren Verletzungen vollständig. Und sie sind einzigartig – sogar eineiige Zwillinge hinterlassen unterschiedliche Fingerabdrücke.

*«Dieser Fall zeigt exemplarisch: Moderne Fahndung ist grenzüberschreitende Teamarbeit. Lokale, nationale und internationale Behörden arbeiten Hand in Hand – unterstützt durch die eindeutige Identifikation anhand biometrischer Daten.»*

Koray, Polizeiattaché in der Türkei

\* Name geändert

Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit [<https://fedpol.report/de/report-2025/zahlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/>]

# fedpol25



Die Schweiz war nicht nur Teilnehmerin, sondern auch Gastgeberin: 12 Punkte für das Sicherheitsdispositiv.

## Eurovision Song Contest im Dreiländereck

**Die Sicherheit rund um den Eurovision Song Contest fordert auch fedpol. Der Wettbewerb findet in einer Zeit statt, die von zahlreichen geopolitischen Spannungen und einer akzentuierten Terrorbedrohungslage geprägt ist.**

Vom Messeplatz bis zum Rheinufer: In der zweiten Maiwoche des Jahres 2025 strömen die Menschen in Scharen nach Basel. Die 69. Austragung des Eurovision Song Contest (ESC), die warmen Frühlingstage und zahlreiche Aktivitäten wie das Karaoke-Tram und die Strassenkonzerte locken über eine halbe Million Menschen in die Stadt am Dreiländereck. 37 ausländische Künstlerdelegationen sind zu Besuch; 1500 Medienschaffende berichten live vor Ort, und rund 160 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer verfolgen das Spektakel am Fernsehen. Die Kantonspolizei Basel-Stadt und die Polizei Basel-Landschaft sind stark gefordert – fedpol ist deshalb unterstützend im Einsatz.

### **fedpol zum ersten Mal am Eurovision Song Contest**

Mitarbeitende von fedpol unterstützen die bikantonale Einsatzleitung während zehn Tagen vor Ort, am Puls des Geschehens. Sie erstellen Lageanalysen, unterstützen bei

Ermittlungen mit Kriminalitätsbezügen zum Ausland, koordinieren die internationale Polizeizusammenarbeit und legen die Massnahmen für den Personenschutz fest.

Gemeinsam mit der Basler Einsatzleitung und dem Veranstalter leitet fedpol zudem ein Sicherheitsbriefing: Die rund 35 Vertreterinnen und Vertreter ausländischer Botschaften und Konsulate in der Schweiz werden vor dem Anlass auf mögliche Krisenszenarien vorbereitet und erhalten alle notwendigen Informationen zu den Sicherheitsmassnahmen.

### **Geopolitische Krisenherde**

Die geopolitischen Spannungen – etwa der Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästina – machen auch vor dem ESC nicht Halt. So kommt es während der Grossveranstaltung in Basel zu DDoS-Angriffen (aus dem Englischen: *Distributed Denial of Service*), bei denen verschiedene Schweizer Websites durch immense Mengen an Anfragen überflutet werden und nicht mehr abrufbar sind. Hinter der Störaktion steht mutmasslich eine ausländische Gruppierung, die das Hamas-Verbot ablehnt, das am zweiten Halbfinaltag in der Schweiz in Kraft tritt.

Die ESC-Delegationen sind zwar keine völkerrechtlich geschützten Personen, dennoch haben einzelne Delegationen ein grösseres Sicherheitsbedürfnis als andere, unter anderem die israelische Künstlerin. Die bikantonale Einsatzleitung sorgt für ihre Sicherheit, fedpol für den kontinuierlichen Austausch mit den Polizeiattachés aus den betroffenen Ländern sowie dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

### **Zusammenarbeit mit Europol**

Die Lage des Austragungsorts Basel – im Dreiländereck zwischen Deutschland und Frankreich – erfordert eine besonders effiziente, grenzüberschreitende Polizeikooperation. Auf Antrag von fedpol entsendet Europol zwei Mitarbeitende nach Basel, die die Polizeikräfte insbesondere bei Vorermittlungen und der Lageanalyse unterstützen.

In einem Fall wird während des ESC ein französischer Staatsangehöriger bei der Einreise in die Schweiz kontrolliert. Dabei stellt sich heraus, dass diese Person im Schengener Informationssystem ausgeschrieben ist. Nach Rücksprache mit Europol und den ausschreibenden Behörden im Ausland steht fest: Der Mann wurde in der Vergangenheit wegen der möglichen Planung eines Terroranschlags in Frankreich zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. fedpol teilt diese Information mit den involvierten nationalen Partnerbehörden, die sicherstellen, dass der Franzose nicht in die Schweiz einreisen kann.

Nach rund zehn Tagen in Basel heisst es für die Mitarbeitenden von fedpol: Einsatz erfolgreich abgeschlossen. Für künftige Einsätze bedeutet dies: Pilotprojekt geglückt.

*«Die Lage des Ausführungsortes, die geopolitischen Spannungen und der enorme mediale Fokus bedeuten eine Kumulation von Herausforderungen für uns Sicherheitsbehörden. Umso wichtiger sind die Planung, das Zusammenspiel und die reibungslose Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen.»*

Benedikt, Stellvertretender Direktionsbereichsleiter Internationale Polizeikooperation

[Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit \[https://fedpol.report/de/report-2025/za-hlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/\]](https://fedpol.report/de/report-2025/za-hlen/ohne-informationsaustausch-keine-polizeiarbeit-3/)

# 1095

Durchschnittliche Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2025

## Wer hinter fedpol steht

Im Jahr 2025 setzten sich 1095 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Sicherheit der Schweiz ein.

Personal		
Frauen		35,4 %
Männer		64,6 %

Sprachen		
Deutsch		72,8 %
Französisch		20,7 %
Italienisch		6,0 %
Rätoromanisch		0,5 %

In Ausbildung		
Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten aus Wirtschaftsmittel- und Handelsschulen		30
Hochschulpraktikantinnen und Hochschulpraktikanten		22

Finanzieller Eigenaufwand	Mio. CHF	in %
Personalaufwand	183	60
Informatikaufwand	72	24
Sonstiger Aufwand*	49	16
<b>Total</b>	<b>304</b>	<b>100</b>

\* Darin sind enthalten: Investitionen ohne IKT (2 Mio.), Abschreibungen (16 Mio.), Liegenschaftskosten und Miete (19 Mio.) sowie Betrieb der Polizei- und Zollkooperationszentren, Ausrüstung, Transporte, Bürobedarf, Dienstleistungen und Spesen (11 Mio.).

# 407178

Bearbeitete Meldungen durch die Einsatzzentrale

## Ohne Informationsaustausch keine Polizeiarbeit

Kriminalitätsbekämpfung funktioniert nur, wenn der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen nationalen und internationalen Behörden stattfindet. Herzstück der Polizeikooperation bei fedpol ist die Einsatzzentrale, bei der die Meldungen eingehen.

2025 gingen insgesamt **407 178 Meldungen** bei der Einsatzzentrale von fedpol ein, von Partnerbehörden im In- und Ausland, darunter Europol und INTERPOL.

Bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität mit den Nachbarländern Frankreich und Italien spielen die Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit (CCPD) in Genf und in Chiasso eine wichtige Rolle. Dort arbeiten gemischte Teams, bestehend aus Mitarbeitenden von fedpol, mehreren Kantonspolizeien, des Staatssekretariats für Migration, des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit sowie der entsprechenden Behörden des jeweiligen Nachbarlandes. 2025 bearbeiteten die Teams der CCPD insgesamt **33 903 Meldungen**.

In Ländern, in denen die polizeiliche Zusammenarbeit komplex ist, kann fedpol Polizeiattachés einsetzen. Sie stellen den kriminalpolizeilichen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und dem Gastland sicher und unterstützen unter anderem die Kantonspolizeien, das Bundesamt für Justiz sowie die Bundesanwaltschaft bei der transnationalen Kriminalitätsbekämpfung. 2025 bearbeiteten die Polizeiattachés **5 210 Geschäfte**. Dabei handelt es sich beispielsweise um Strafverfahren oder Rechtshilfeersuchen, meist in den Bereichen Leib und Leben, Betäubungsmittelhandel, Terrorismus, Pädokriminalität und Entführungen.

## Instrumente der Polizeikooperation

Ein wichtiges Instrument für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität ist das Schengener Informationssystem (SIS). Die Nationale Kontaktstelle für den Austausch zusätzlicher Informationen zu den ausgeschriebenen Personen und Objekten – auch bekannt unter dem Namen SIRENE-Büro Schweiz – ist bei fedpol angegliedert.

Fahndungstreffer SIS 2025	Schweiz	Ausland mit Bezug zu Schweizer Daten
Festnahmen zwecks Auslieferung	415	289
Einreiseverbote	3 845	2 548
Vermisste	1 160	281
Von der Justiz gesuchte Personen (z. B. Zeugen)	1 950	851
Verdeckte Registrierungen*	6 167	1 168
Objekte (Fahrzeuge, Ausweise, Waffen usw.)	2 758	1 383
Rückkehrentscheide	5 223	11 060
<b>Total</b>	<b>21 518</b>	<b>17 580</b>

\* Mit der verdeckten Registrierung im SIS können die Bewegungsrouten von Personen, die sich mutmasslich an terroristischen Aktivitäten beteiligen, nachverfolgt werden.

Die DNA-Profil-Datenbank (CODIS), die Fingerabdruck-Datenbank (AFIS) und das nationale automatisierte Polizeifahndungssystem (RIPOL) sind neben dem SIS unverzichtbare Instrumente der Kriminalitätsbekämpfung für alle Schweizer Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden sowie für die Migrations- und Grenzschutzbehörden.

Bearbeitungsaufträge in AFIS und CODIS	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Automatisiertes Fingerabdruck-Identifikationssystem AFIS</b>					
Schnellanfragen (FPS*)	133 740	263 781	341 509	315 875	<b>291 474</b>
Personenanfragen (CPS**)	50 475	62 182	63 651	60 402	<b>59 192</b>
Datenbestand Personen (CPS) per 31.12.2025					<b>1 108 284</b>
Fingerabdruck-/Handflächenabdruck-Spuren	10 595	11 053	12 241	14 038	<b>13 750</b>
<b>Combined DNA Index System CODIS</b>					
DNA-Personenprofile	10 304	10 119	9 353	7 272	<b>6 848</b>
DNA-Spurenprofile	11 701	12 655	15 555	16 595	<b>16 709</b>
Total Identifikationsanfragen (AFIS und CODIS)	216 815	359 790	442 309	414 182	<b>387 973</b>

\* FPS = Fast Print Submission (früher: 2-Finger-Anfragen)

\*\* CPS = Common Print Submission (früher: 10-Finger-Anfragen)

## Nationales Polizeifahndungssystem RIPOL

Datenbestand RIPOL	2021	2022	2023	2024	2025
Personen	243 039	239 633	238 847	257 057	<b>205 037</b>
Fahrzeuge (inkl. Fahr-/Motorräder)	569 295	552 894	542 509	536 914	<b>526 747</b>
Fahrzeugkennzeichen	409 384	374 025	342 764	312 437	<b>282 993</b>
Ungeklärte Straftaten	2 801 055	2 796 446	2 803 712	2 846 879	<b>2 867 775</b>
Sachen	2 837 320	2 807 192	2 803 317	2 825 447	<b>2 836 941</b>
Signalemente (Beschreibungen)	81 947	82 501	84 982	87 363	<b>88 966</b>

<b>Erfasste Datenmengen Personenfahndungen (RIPOL)</b>	2021	2022	2023	2024	2025
Haftbefehle	63 033	75 029	78 092	87 063	<b>97 333</b>
Aufhaltungsnachforschungen	29 182	37 694	45 266	51 429	<b>67 652</b>
Fernhaltemassnahmen	3 599	4 638	6 092	6 745	<b>5 597</b>
In Verwahrung nehmen	13 821	15 164	17 040	17 647	<b>18 287</b>
In Straf- und Massnahmenvollzug	421	333	363	387	<b>417</b>
Vermisste	3 657	4 328	4 547	6 744	<b>5 134</b>
Verhinderung von Kindesentführungen	267	382	550	609	<b>734</b>
Ausreisebeschränkungen (HOOGAN)	0	46	0	21	<b>2</b>
Verdeckte Registrierungen	312	186	130	190	<b>224</b>
Verdeckte Registrierungen – Sicherheit des Staates	447	320	333	698	<b>274</b>
Gezielte Kontrollen	8	16	22	47	<b>38</b>
Gezielte Kontrollen – Sicherheit des Staates	71	72	88	51	<b>191</b>

<b>Erfasste Datenmengen Sachfahndung (RIPOL)</b>	2021	2022	2023	2024	2025
Fälle	152 933	182 002	198 122	209 900	<b>200 419</b>
Signalelemente (Beschreibungen)	5 180	5 707	6 392	6 293	<b>6 156</b>
Sachen	117 851	146 884	161 697	182 682	<b>160 493</b>

<b>Erfasste Datenmengen Fahrzeugfahndung (RIPOL)</b>	2021	2022	2023	2024	2025
Fahrzeuge	4 140	5 148	6 272	6 695	<b>7 289</b>
Fahrräder, Motorfahrräder und gestohlene Vehicle Identification Numbers (VINS)	24 422	28 397	32 292	34 630	<b>30 781</b>
Kennzeichen	32 623	35 331	39 108	41 675	<b>43 845</b>
Fahrrad-, Motorfahrradkennzeichen	2 147	2 394	2 330	2 363	<b>2 188</b>

<b>Erfasste Datenmengen aktive Fahndungen (RIPOL)</b>	2021	2022	2023	2024	2025
Dringende Meldungen Personen	17 862	19 375	20 914	21 617	<b>22 492</b>

## Ausblick

fedpol hat per 1. Januar 2026 die Erfassungsoptionen für die Beschreibung ausgeschriebener Personen im Fahndungssystem RIPOL aktualisiert. Die beiden Beschreibungselemente «Hautfarbe» und «Typ» wurden angepasst. Diese waren nicht mehr zeitgemäss. Ziel ist, dass der Polizei in der Schweiz möglichst präzise Fahndungssysteme zur Verfügung stehen

Per Anfang 2027 wird fedpol die Praxistauglichkeit der neu verfügbaren Beschreibungselemente analysieren und in Zusammenarbeit mit den Kantonspolizeien evaluieren. Weitere Informationen finden sich in der dazu veröffentlichten [Medienmitteilung](https://www.news.admin.ch/de/newsb/S2blw33-rAts4eK6rRkxm) [https://www.news.admin.ch/de/newsb/S2blw33-rAts4eK6rRkxm].

# 614

Einreiseverbote

## Fast viermal mehr Einreiseverbote wegen Terrorismus

fedpol kann zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit Ausländerinnen und Ausländern die Einreise in die Schweiz verbieten oder sie ausweisen. 2025 vervierfachte sich die Zahl der Einreiseverbote. Grund war ein Datensatz von Europol.

fedpol kann gegenüber Ausländerinnen und Ausländern Einreiseverbote und Ausweisungen verfügen. Dies gestützt auf das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration [<https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2007/758/de>]. Diese Massnahmen werden ergriffen, wenn die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet ist. fedpol stützt sich dabei auf eigene Erkenntnisse und auf diejenigen anderer Behörden, insbesondere des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB).

Einreiseverbote	2021	2022	2023	2024	2025
Terrorismus	92	19	81	126	<b>512</b>
Gewaltextremismus	0	2	1	35	<b>4</b>
Organisierte Kriminalität	25	15	16	43	<b>45</b>
Verbotener Nachrichtendienst (Spionage)	70	276	75	34	<b>52</b>
Proliferation	0	0	0	0	<b>1</b>
<b>Total</b>	187	312	173	238	<b>614</b>

Die Anzahl der Einreiseverbote stieg 2025 im Vergleich zum Vorjahr stark an; der grösste Teil betraf den Bereich Terrorismus. Insbesondere gerichtlich verwertbare Informationen von ausländischen Partnern trugen dazu bei, dass in über 500 Fällen Einreiseverbote ausgesprochen wurden. Zum Beispiel stellte Europol seinen Mitgliedstaaten einen

Datensatz zu Angehörigen des «Islamischen Staates» zur Verfügung, die sich im Ausland aufhalten.

Die Zahl der Spionagefälle lag 2025 leicht über dem Durchschnitt der letzten Jahre – 2022 ausgenommen, das durch den Kriegsausbruch in der Ukraine und damit einhergehenden Spionagetätigkeiten verschiedener Länder geprägt war.

fedpol verhängte erstmals ein Einreiseverbot wegen Proliferation, also der Weitergabe von Atomwaffen oder Mitteln zu deren Herstellung.

Ausweisungen	2021	2022	2023	2024	2025
Terrorismus	2	2	4	3	<b>2</b>
Gewaltextremismus	0	0	0	0	<b>1</b>
Organisierte Kriminalität	0	1	4	0	<b>2</b>
Kriegsverbrechen	0	0	0	1	<b>0</b>
<b>Total</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>4</b>	<b>5</b>
Vollzogen	1	2	3	3	<b>5</b>
Nicht oder noch nicht vollzogen	1	1	5	1	<b>0</b>

Ausweisungen wurden 2025 insgesamt fünfmal verfügt. fedpol ordnete gegen zwei terroristische Gefährder sowie gegen zwei Personen im Bereich der organisierten Kriminalität eine Ausweisung an. Erstmals verhängte fedpol eine Ausweisung im Bereich des Gewaltextremismus.

fedpol unterscheidet in der Statistik zwischen vollzogenen und nicht vollzogenen Ausweisungen, da nicht jede Ausweisungsverfügung sofort umgesetzt werden kann. Die Gründe dafür sind das Non-Refoulement-Prinzip\* oder laufende Beschwerde- und Strafverfahren.

\* Niemand darf in einen Staat ausgeschafft werden, in dem ihm Folter oder eine andere Art grausamer und unmenschlicher Behandlung oder Bestrafung droht (SR 101 – Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 | Fedlex [[https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1999/404/de#art\\_25](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1999/404/de#art_25)]).

# 5

Anzahl Fälle von PMT

## Terrorismusbekämpfung

Mit den polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) kann die Polizei früher und präventiv gegen terroristische Gefährderinnen und Gefährder einschreiten. Die Massnahmen können vom NDB wie auch von den Kantonen bei fedpol beantragt werden; die Umsetzung obliegt den Kantonen.

Zu den möglichen Massnahmen gehören unter anderem eine Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, ein Kontaktverbot, eine Ein- und Ausgrenzung, ein Ausreiseverbot, die Eingrenzung auf eine Liegenschaft oder die Anordnung einer elektronischen Überwachung und Mobilfunklokalisierung. PMT können vor einem Strafverfahren, nach dem Strafvollzug, unter bestimmten Umständen während eines Strafverfahrens – als Ergänzung zu freiheitsentziehenden Zwangsmassnahmen – und während des Strafvollzugs angewendet werden.

Diese Statistik wurde im Jahresbericht 2022 [<https://2022.fedpol.report/de/schwerst-kriminalitat/pmt-fedpol-verfugt-erstmal-massnahmen/>] zum ersten Mal veröffentlicht.

Anträge von Kantonen und NDB	2022	2023	2024	2025
Anträge des NDB	1	1	0	1
Anträge von kantonalen Behörden	0	4	4	4
<b>Anzahl Fälle</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>5</b>

## PMT\* 2025, gemäss Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS)

	Anträge				Rechtskräftige Anordnungen			
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht (Art. 23k BWIS)	1	6	3	4	1	0	1	2
Kontaktverbot (Art. 23/ BWIS)**	0	4	24	20	0	0	6	0
Ein- und Ausgrenzung (Art. 23m BWIS)	1	4	2	3	1	0	1	0
Ausreiseverbot (Art. 23n BWIS)	0	4	1	1	0	0	1	1
Eingrenzung auf eine Liegenschaft (Art. 23o et 23p BWIS)	0	0	0	0	0	0	0	0
Elektronische Überwachung und Mobilfunklokalisierung (Art. 23q BWIS)	1	6	3	2	1	0	1	0

Abgewiesene Anträge gab es in den Jahren 2022 bis 2025 keine.

\* Pro Fall sind mehrere Massnahmen möglich. Diese Zahlen entsprechen dem Stand vom 31. Dezember 2025. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt nicht alle Anträge rechtskräftig geworden sind, kann dies auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein:

- Der Entscheid war noch in Prüfung.
- Der Entscheid wurde gefällt, war aber noch nicht rechtskräftig (aufgrund der Beschwerdefrist und/oder eines Beschwerdeverfahrens).
- Die ausstellende Behörde hat ihren Antrag zurückgezogen.
- Die angeordnete Massnahme wurde mit einer Beschwerde angefochten.

\*\* In den Jahren 2024 und 2025 fiel die Anzahl der Kontaktverbote höher aus als in den Vorjahren. Dies lässt sich dadurch erklären, dass pro Fall mehrere Kontaktverbote beantragt wurden. Diese Massnahmen zielen darauf ab, Verbindungen, welche die Radikalisierung fördern oder begünstigen könnten, so weit wie möglich einzuschränken.

Umsetzung der Massnahmen	2022	2023	2024	2025
Beschwerdeverfahren	0	1	1	2
Strafanzeigen Massnahmenverstösse	0	0	1	0

### Terroristische Aktivitäten

Das Gesetz [<https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/2004/de>] umschreibt terroristische Aktivitäten als «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen».

### Massnahmen für Minderjährige

Auch Kinder und Jugendliche können für radikale Ideologien empfänglich sein und terroristischen Aktivitäten nachgehen. Zahlen aus der Schweiz und dem Ausland zeigen eine steigende Anzahl von radikalisierten Minderjährigen. Die PMT können für Jugendliche ab zwölf Jahren angewendet werden und dienen somit auch ihrem Schutz. In Verbindung mit dem Nationalen Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus [<https://www.svs-rns.ch/de/nationaler-aktionsplan>] stellen die präventiven

Massnahmen eine Möglichkeit dar, die Radikalisierung zu stoppen und einzugreifen, bevor die Jugendlichen eine Straftat begehen.

### **Bedingungen für Massnahmen**

Auf präventiver Ebene haben andere Massnahmen der Kantone, seien sie sozialer, integrativer oder therapeutischer Art, stets Vorrang – ebenso wie kantonale Massnahmen zur allgemeinen Bedrohungsprävention sowie solche auf der Grundlage der Strafprozessordnung. Bei Minderjährigen müssen Erziehungs- oder Kinderschutzmassnahmen immer vor PMT angewendet werden. Erst wenn diese ausgeschöpft sind oder keine Wirkung zeigen, dürfen PMT angeordnet werden.

# 16750

Verdachtsmeldungen, die fedpol vom Nationalen Zentrum für vermisste und ausgebeutete Kinder (NCMEC) der USA übermittelt wurden

## Grenzen im Netz?

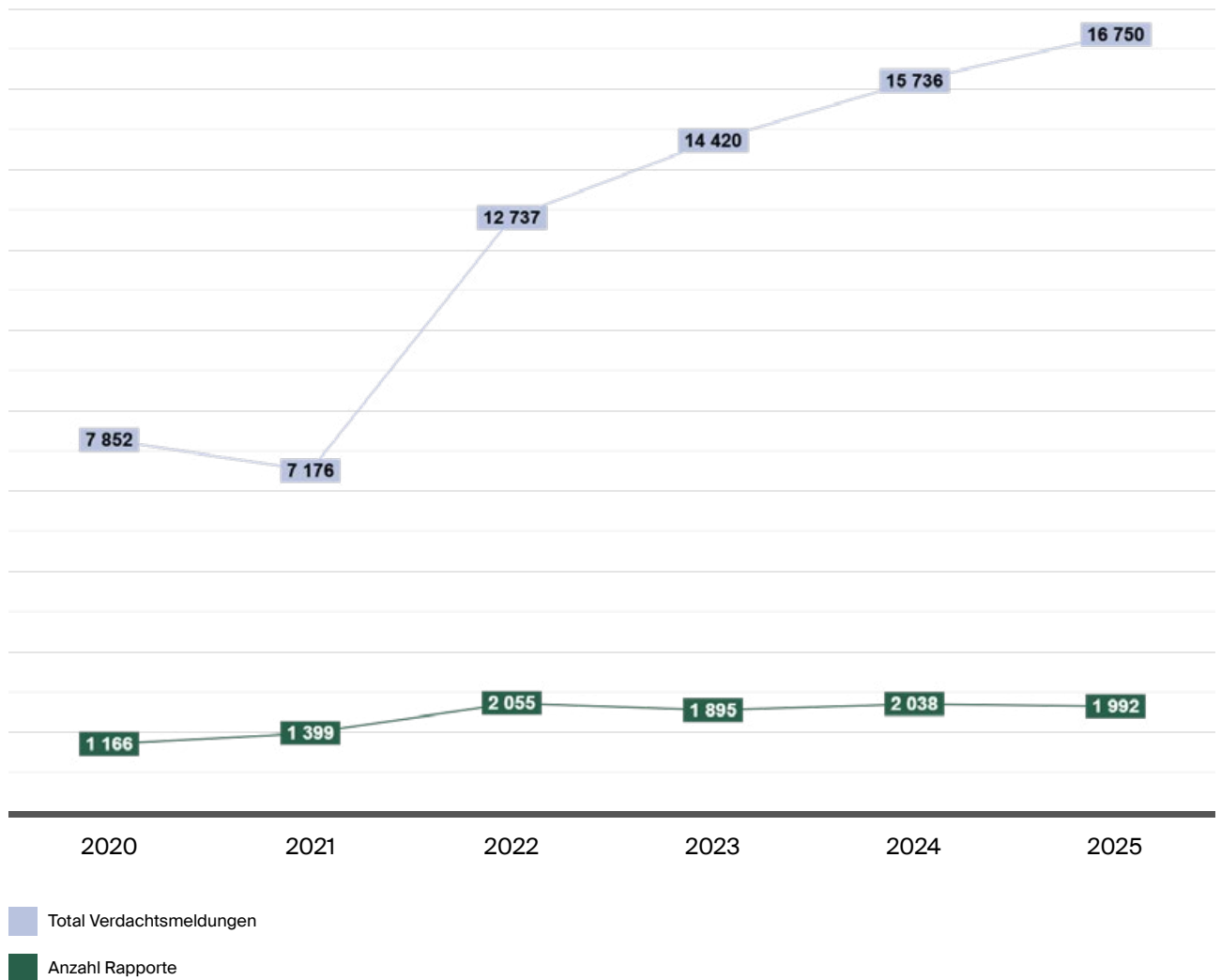
Heute wird in der Schweiz mindestens jede und jeder vierte Jugendliche dazu aufgefordert, erotische Bilder von sich zu verschicken. Auch 2025 stieg die Anzahl der Verdachtsmeldungen, die bei fedpol eingehen, weiter an.

Das National Center for Missing & Exploited Children (NCMEC) in den USA ist für fedpol einer der wichtigsten nicht polizeilichen Partner im Kampf gegen die Pädokriminalität. Internet- oder Social-Media-Plattformen wie Google, Facebook, Instagram, Snapchat und viele mehr sind dazu verpflichtet, der gemeinnützigen US-amerikanischen Organisation verbotene pornografische Inhalte zu melden. Gibt es einen Bezug zur Schweiz, leitet NCMEC die Verdachtsmeldungen an fedpol weiter.

2025 erhielt fedpol **16 750** NCMEC-Meldungen; rund 1 000 mehr als im Vorjahr. Der Anstieg der Verdachtsmeldungen verläuft seit 2021 konstant; dies bedeutet einerseits, dass die Algorithmen der Internet- und Social-Media-Plattformen immer präziser werden und mehr Material entdecken. Andererseits nimmt die Menge an verbotenem pornografischem Material im Netz stetig zu. So sind beispielsweise immer mehr Bilder und Videos im Umlauf, die Kinder und Jugendliche von sich selbst herstellen und verschicken. Oftmals ist sich diese Altersgruppe der potenziellen strafrechtlichen Relevanz und des Missbrauchspotenzials nicht bewusst. Dazu kommt, dass auch Pädokriminelle vermehrt künstliche Intelligenz (KI) nutzen, um kinderpornografische Inhalte zu produzieren. Je leichter zugänglich bild- oder videogenerierende KI ist, desto grösser ist das Gefahrenpotenzial.

Dass in der digitalen Welt immer mehr pädopornografische Inhalte kursieren, veranschaulichen zwei weitere Zahlen: 2025 gingen **863** Meldungen über das Online-Meldeformular [<https://www.fedpol.admin.ch/de/verbotene-pornografie-melden>], das auf der Website von fedpol zu finden ist, ein. Zusätzlich leitete die Organisation Kinderschutz Schweiz [<https://www.kinderschutz.ch/>] im gleichen Zeitraum **2 432** Meldungen an fedpol weiter.

## NCMEC-Meldungen und Rapporte



Nach Erhalt der Meldungen prüft fedpol, ob der Inhalt nach Schweizer Recht strafrechtlich relevant ist und trifft die nötigen Abklärungen. Ist der Inhalt strafrechtlich relevant und kann eine mögliche Täterschaft identifiziert werden, leitet fedpol die Fälle mittels sogenannter Rapporte an die Kantone weiter. Ein Rapport kann mehrere Bilder und Videos enthalten und dient den Kantonspolizeien als Grundlage für weitere Ermittlungen und das Eröffnen von Strafverfahren gegen die Täterschaft. 2025 hat fedpol **1 992** Rapporte übermittelt.

# 1305

Völkerrechtlich geschützte Personen, die die Schweiz besuchten

## **Zunahme von Sicherheitsmassnahmen als Folge der globalen politischen Konflikte**

**Im Jahr 2025 zeigte sich eine deutliche Tendenz zu zusätzlichen und verstärkten Sicherheitsmassnahmen für völkerrechtlich geschützte Personen, was vor allem auf die weltweiten geopolitischen Konflikte zurückzuführen ist. Die Zahl der Drohungen gegen Magistratspersonen des Bundes blieb dagegen stabil.**

Die Politik in der Schweiz und in der Welt polarisiert und entfacht hitzige Debatten, dies bereits seit Jahren. Sorgen und Ängste der Bevölkerung werden oft in den sozialen Medien thematisiert, häufig auch in Form von undifferenzierten Diskussionen. In diesem aufgeheizten Klima entstehen immer wieder emotionale Reaktionen, die nicht selten in Drohungen gegen Schutzpersonen münden, die in der Verantwortung des Bundes stehen. Der Inhalt dieser Drohungen ist alarmierend, der Ton aggressiv.

Im Jahr 2025 registrierte fedpol 645 Drohungsmeldungen, die gegen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Bundesratsmitglieder sowie Angestellte des Bundes gerichtet waren, und wertete sie aus. In rund 300 Fällen wurde ein konkretes Gefährdungspotenzial festgestellt, sodass diese eingehend analysiert wurden. Die daraus resultierenden vertieften Risiko- und Gefährdungsbeurteilungen führten teilweise zur Anordnung geeigneter Sicherheitsmassnahmen.

2025 ergab die Analyse in 76 von diesen rund 300 Fällen, dass ein erhöhtes Gefährdungspotenzial vorlag – dies entspricht rund 12 Prozent der insgesamt 645 Meldungen. Die Fälle bezogen sich neben Drohungen auch auf andere mögliche Straftatbestände, darunter Sachbeschädigungen, anonyme ehrverletzende Mitteilungen und verschiedene Formen unerwünschter Belästigungen bis hin zu Stalking.

Liegt ein konkreter Verdacht auf eine mögliche Straftat gegen eine zu schützende Person oder ein Gebäude vor, kann fedpol Gewaltschutzmassnahmen wie Gefährderansprachen, Grenzziehungsschreiben oder strafrechtliche Schritte ergreifen. Bei Bedarf werden

zusätzlich bauliche Massnahmen, wie beispielsweise Alarmanlagen, oder personenschutzbezogene Massnahmen umgesetzt.

Anzahl Drohungsmeldungen 2025	2021	2022	2023	2024	2025
Meldungen	1215	528	593	689	<b>645</b>
davon strafrechtliche Relevanz / mögliche Gefährdung	-	-	-	311	<b>293</b>
Tatsächliche Drohungen / potenzielle Fremdgefährdung	120	68	62	71	<b>76</b>

Bemerkung zu den Statistiken: Wenn eine Person am selben Tag mehrere Meldungen auslöst, werden diese als eine einzige Meldung registriert. fedpol bewertet und analysiert jedoch alle Meldungen einzeln. Im Rahmen von Strafverfahren können dank der Auswertung von Spuren selbst anonyme Absenderinnen und Absender identifiziert werden. Die Spuren umfassen alle forensisch verwertbaren Hinweise, die bei einem Gegenstand, Dokument oder digitalen Medium entstehen können (DNA, Fingerabdrücke, Materialsuren, digitale Spuren usw.).

Seit Herbst 2022 haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Möglichkeit, eine Meldung via App abzusetzen. Diese App wurde von fedpol entwickelt, um auf direktem und schnellstem Weg die notwendigen Informationen für den Schutz der bedrohten Personen zu erhalten. Für jede Meldung führt fedpol eine detaillierte Lageanalyse durch. Im Jahr 2025 wurde ein Update der App lanciert, das die Nutzerfreundlichkeit weiter erhöht.

Sicherheitspolizeiliche Aufgaben	2021	2022	2023	2024	2025
Sicherheitsbeurteilungen für Schutzpersonen*	465	646	731	843	<b>977</b>
Sicherheitsmassnahmen für ausländische diplomatische Vertretungen	259	420	435	580	<b>714</b>
Anzahl bearbeiteter Fälle**	16	16	14	4	<b>6</b>

\*Beurteilung von Details zu einzelnen Personen.

\*\* Besondere oder ausserordentliche Ereignisse, die mittels spezieller polizeilicher Einsatzstrukturen von fedpol bewältigt werden.

Völkerrechtlich geschützte Besucherinnen und Besucher der Schweiz	2021	2022	2023	2024	2025
Anzahl Besucherinnen und Besucher	506	1057	884	1169	<b>1305</b>
Anzahl Personenschutzmassnahmen	137	229	234	340	<b>389</b>
Anzahl Waffentragbewilligungen für ausländische Sicherheitsbegleitungen	780	658	644	793	<b>938</b>

Schwankende Zahlen bei den völkerrechtlich geschützten Besucherinnen und Besuchern lassen sich durch die aktuelle politische Lage erklären. Im Jahr 2025 fanden in der Schweiz wegen internationaler Konflikte mehrere Konferenzen und Treffen von völkerrechtlich geschützten Personen statt. Dies führte zu einer Zunahme der Sicherheitsmassnahmen. Insgesamt lässt sich deutlich eine Tendenz feststellen, wonach vermehrt zusätzliche und verstärkte Sicherheitsmassnahmen zum Schutz von Personen und Objekten erforderlich sind.

Die Schutzmassnahmen hängen von der individuellen Risikoeinschätzung für jede dieser Personen ab. In anderen Worten: Eine einzelne Person, die als Hochrisikoperson

eingestuft wird, kann mehr Schutzmassnahmen generieren als eine Gruppe, die als niedriges Risiko eingestuft wird.

Gefährdungsanalysen	2021	2022	2023	2024	2025
Gefährdungsbeurteilungen für völkerrechtlich geschützte Besucherinnen und Besucher	210	304	273	303	<b>331</b>
Gefährdungsbeurteilungen für den Schutz von Schutzpersonen und ausländischen Vertretungen	325	368	422	465	<b>471</b>
Lagebeurteilungen für Bundesobjekte im In- und Ausland*	18	15	25	29	<b>36</b>

\* Lagebeurteilungen werden aufgrund der Umstände oder auf Ersuchen der Hausherrinnen und Hausherrn vorgenommen. Auf dieser Grundlage erarbeitet fedpol eine Schwachstellenanalyse und schlägt Verbesserungen vor.

Die anhaltend herausfordernde globale Sicherheitslage wie auch die volatilen politischen Entwicklungen beeinflussen die Gefährdungsanalysen. Die Anzahl Beurteilungen für völkerrechtlich geschützte Besucherinnen und Besucher hat 2025 im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen. Dies ist mutmasslich mit einer etwas höheren Anzahl Konferenzen im Jahr 2025 zu erklären. Seit mehreren Jahren nimmt die Anzahl der notwendigen Beurteilungen für Diplomatinen und Diplomaten sowie diplomatische Vertretungen zu.

# 21087

Verdachtsmeldungen von Finanzintermediären im Zusammenhang mit Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Geldern krimineller Herkunft oder kriminellen Organisationen

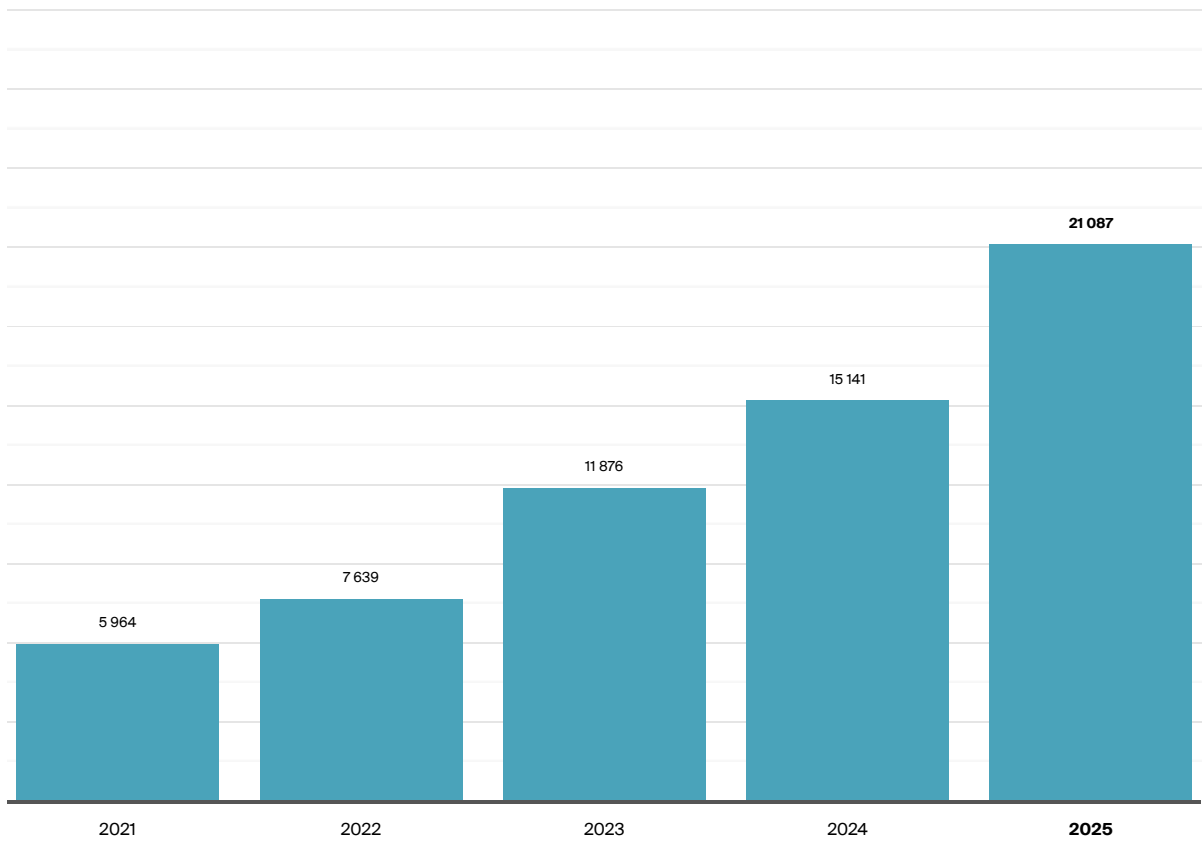
## **Geldwäscherei: Zahl der Meldungen steigt um mehr als ein Drittel an**

Die Verdachtsmeldungen, die bei der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) eingehen, steigen seit Jahren exponentiell an. Seit 2020 hat sich das Datenvolumen vervierfacht.

Seit Jahren, aber insbesondere seit 2020, schnellte die Anzahl der Verdachtsmeldungen, die an die MROS übermittelt werden, jährlich in die Höhe. Dies unter anderem wegen der verschärften Aufsichtspraxis und der Meldepflicht, aber auch wegen der erhöhten Sensibilisierung der Finanzintermediäre. Die Grafik zeigt: Der Anstieg zwischen 2024 und 2025 ist im Rückblick auf die letzten fünf Jahre einer der bedeutendsten. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet die MROS bei den Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung einen Anstieg um 39 Prozent. Die MROS entscheidet im Einzelfall, nach gründlicher Analyse und Ergänzung eigener Informationen, ob eine Anzeige bei einer Strafverfolgungsbehörde erstattet wird oder nicht.

In ihrem Jahresbericht (Publikation der Ausgabe 2025 am 1. Mai 2026; [Ausgabe 2024 \[https://www.fedpol.admin.ch/de/publikationen-der-meldestelle-fuer-geldwaescherei-mros\]](https://www.fedpol.admin.ch/de/publikationen-der-meldestelle-fuer-geldwaescherei-mros)) gibt die MROS einen vertieften Einblick in ihre Aufgaben und Tätigkeiten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

## Anzahl Verdachtsmeldungen



# 504

Erwerbsbewilligungen für Vorläuferstoffe von Explosivstoffen

## Wenn Alltagsprodukte Sprengkraft erhalten

Seit 2023 erfasst fedpol jeden Erwerb von Vorläuferstoffen durch Privatpersonen. Dies verbessert die Rückverfolgbarkeit und erhöht damit die Sicherheit der Bevölkerung. Die Anzahl Transaktionen bleibt stabil; die Erwerbsbewilligungen gehen erwartungsgemäss zurück.

Was haben Schwimmbäder und Maisfelder gemein? Um Schwimmbäder zu desinfizieren, wird Wasserstoffperoxid verwendet. Und im Dünger, der beispielsweise für Maisfelder verwendet wird, ist Ammoniumnitrat enthalten. Wasserstoffperoxid wie auch Ammoniumnitrat enthalten Vorläuferstoffe, die in einer bestimmten Konzentration und Dosis zur Herstellung von Explosivstoffen missbraucht werden können.

Von *Homemade Explosives* (HME) spricht man, wenn die Herstellung in einem improvisierten Labor ausserhalb der industriellen Produktion stattfindet. Bereits deren Herstellung ist wegen hoher Explosionsgefahr ein Risiko. Nicht nur ist die Umwelt in der Nähe des Herstellungsortes gefährdet, sondern auch die Einsatzkräfte, welche die Reste dieser explosiven Stoffe beseitigen müssen. So werden HME beispielsweise oft von Terroristen und Mitgliedern krimineller Organisationen genutzt, um Anschläge oder Angriffe auf Geldautomaten zu verüben.

Transaktionen und Bewilligungen	2023	2024	2025
Anzahl Transaktionen (total)	2 953	3 023	<b>2 811</b>
Anzahl erteilte Erwerbsbewilligungen	2 449	719	<b>504</b>

Um die missbräuchliche Verwendung von Vorläuferstoffen und die damit einhergehenden Gefahren zu verhindern, müssen Privatpersonen für den Kauf von Vorläuferstoffen in gewissen Konzentrationen eine Bewilligung des Bundes beantragen. Diese Regelung ist

2023 mit dem neuen Gesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe [<https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2022/352/de>](VSG) in Kraft getreten.

Im Jahr 2025 ist die Anzahl der erteilten Erwerbsbewilligungen erwartungsgemäss leicht gesunken; von 719 auf 504. Die Bewilligungen führte fedpol 2023 ein, mit einer Gültigkeit von jeweils drei Jahren. Dies erklärt die hohe Anzahl im Jahr 2023. Trotzdem registrieren die Verkaufsstellen im Informationssystem von fedpol jeden Erwerb oder jede Transaktion von Vorläuferstoffen durch Privatpersonen. Dies ermöglicht eine bessere Rückverfolgbarkeit der Produkte und Käufe: ein entscheidender Schritt zu mehr Sicherheit für die Bevölkerung.

Im Jahr 2025 werden neun Verwaltungsstrafverfahren wegen Widerhandlung gegen das VSG eröffnet. Dabei handelt es sich um Personen, die im Ausland Vorläuferstoffe bestellen und von den ausländischen Partnerbehörden bei fedpol gemeldet werden. In weiteren Fällen versuchen Personen die verbotenen Vorläuferstoffe in die Schweiz einzuführen, die dann vom Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit abgefangen werden.

# 488

Anzahl Personen mit Massnahmen wegen gewalttätigem Verhalten an Sportveranstaltungen

## Mehr gewalttätige Personen an Sportveranstaltungen registriert

fedpol betreibt das Informationssystem HOOGAN. Darin werden Personen erfasst, die sich bei Sportveranstaltungen in der Schweiz oder im Ausland gewalttätig verhalten haben. 2025 stieg die Zahl der registrierten Personen wieder leicht an.

fedpol publiziert jährlich die aktuellen Zahlen zu den in HOOGAN erfassten Personen und Massnahmen. Die Personen bleiben nach Ablauf der letzten Massnahme [<https://www.fedpol.admin.ch/de/praeventive-massnahmen>] drei Jahre lang im Informationssystem gespeichert. Danach werden sie gelöscht. 2025 stieg die Zahl der insgesamt in HOOGAN registrierten Personen um 10 Prozent an, nachdem sie im Vorjahr leicht zurückgegangen war.

Anzahl Personen und aktive Massnahmen in HOOGAN	2021	2022	2023	2024	2025
Aktive Massnahmen	645	469	519	533	<b>749</b>
Personen mit aktiven Massnahmen	431	315	332	357	<b>488</b>
Neu erfasste Personen	68	115	183	171	<b>315</b>
Gelöschte Personen	250	338	286	270	<b>221</b>
Total registrierte Personen	1 343	1 120	1 017	918	<b>1 012</b>

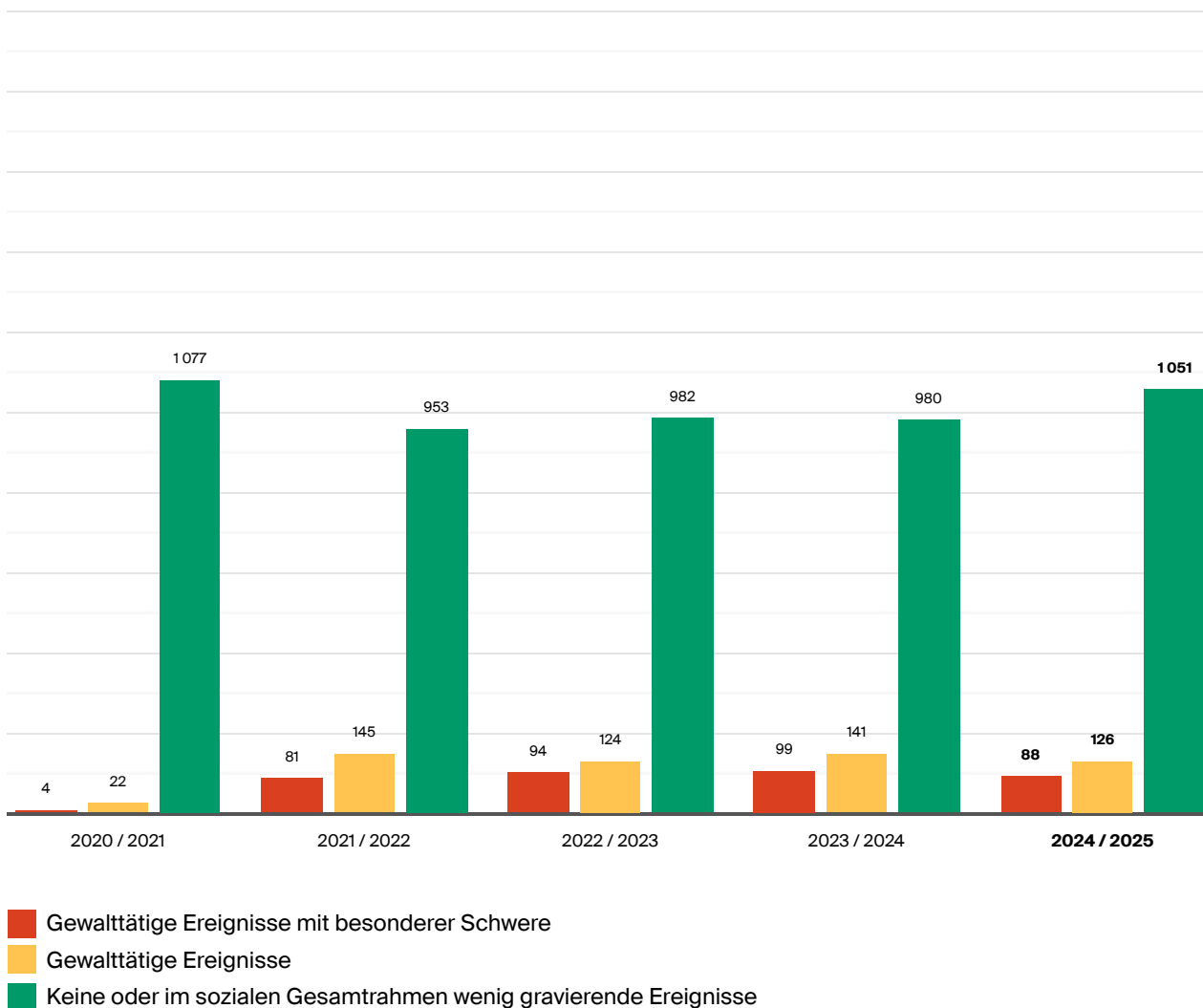
Detaillierte Auswertungen, die jeweils im Juli aufgeschaltet werden: Aktuelle Zahlen aus dem Informationssystem HOOGAN [<https://www.fedpol.admin.ch/de/aktuelle-zahlen-aus-dem-informationssystem-hoogan>].

### Gesamtschweizerisches Lagebild Sport (GSLs-Reporting)

Nach jedem Spieltag liefern die beteiligten Partner (Polizei, Sportverbände und SBB) fedpol sicherheitsrelevante Informationen über gewalttätige Ereignisse. Anhand dieser wertet fedpol jedes Fussball- oder Eishockeyspiel aus und erstellt einmal jährlich das sogenannte Gesamtschweizerische Lagebild Sport, kurz GSLs-Reporting. Das

Informationssystem HOOGAN dient dabei als Grundlage. In der Saison 2024/2025 wurden insgesamt 1265 Spiele bewertet. Bei 88 Spielen kam es zu gewalttätigen Ereignissen mit besonderer Schwere.

## Bewertungen des GSLS-Reporting



Detaillierte Auswertungen, die jeweils im Juli aufgeschaltet werden: [Gesamtschweizerisches Lagebild Sport \(GSLS-Reporting\) \[https://www.fedpol.admin.ch/de/gesamtschweizerisches-lagebild-sport-gsls-reporting\]](https://www.fedpol.admin.ch/de/gesamtschweizerisches-lagebild-sport-gsls-reporting).

Die Bewertungen des GSLS-Reporting zeigen, dass die Zahl der gewalttätigen Ereignisse seit der Saison 2020/2021 wieder auf das Niveau von vor der Pandemie angestiegen ist.

Die Women's EURO 2025 in der Schweiz verlief mehrheitlich friedlich. Im Zusammenhang mit den Spielen an der Fussball-Europameisterschaft der Frauen wurden sieben Personen in HOOGAN erfasst.



**Bundesamt für Polizei fedpol**

Guisanplatz 1A

3003 Bern

[www.fedpol.admin.ch](http://www.fedpol.admin.ch)

[www.fedpol.report](http://www.fedpol.report)